

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950**

28 (12.7.1950)



# Deutsche Bauernvertreter protestieren in Rom

## Vertreter des Deutschen Bauernverbandes verlassen die Handelsvertragsverhandlungen

staut und kein Bauernland ab, jetzt, nach 1944, noch viel mehr als je vor dem Krieg. Die Rücksicht auf die Landwirtschaft ändert sich, wo der Lebensstandard der nichtlandlichen Bevölkerung Westdeutschlands beeinträchtigt oder am Steigen gehindert wird. Die Bundesregierung muß wissen, daß diese Grenze erreicht ist, ganz abgesehen davon, daß man nicht auf der einen Seite freie Marktwirtschaft und Ansehlichkeit an der internationalen Presse predigen kann, auf der anderen Seite aber Preisregulierungen, Lieferverpflichtungen und alle die anderen Überreste einer Zwangsökonomie in einem bestimmten Wirtschaftszweig aufrechterhalten kann.

### Produktion steigt weiter

Die Berichte aus der deutschen Wirtschaft sind in Hinsicht auf Produktionssteigerung und Verminderung der Arbeitslosen durchweg günstig. So berichtet die Industrie- und Handelskammer Hannover, daß sich die Produktion in Niedersachsen im Juni verstärkt fortgesetzt habe. Auf einigen Gebieten seien sogar Meldungen über Verlängerungen von Lieferfristen eingegangen. Auftragsbücher seien durch geforderte kurze Fertigungsfristen, das zu erreichen wurden. Überstunden und Mehrschichten eingeführt, ohne daß die Auftragslage auf lange Sicht eine derartige Förderung bedinge. (Wir sind der Meinung, daß die Auftraggeber ein bißchen mehr Vernunft zeigen sollten; der Herbst wird manche Schwierigkeit bringen, und wir halten es für ungesund, heute Überstunden und Mehrschichten zu fahren, wenn wir im Herbst wieder Entlassungen vornehmen müssen.) In Niedersachsen hat sich weiter gezeigt, daß im Juni auch die Nachfrage im Konsumgütersektor zugenommen hat. In den Vormonaten lagen die Produktionssteigerungen übersteigend bei den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie.

Auch in Württemberg-Baden hat sich die Wirtschaftsleistung im Juni verstärkt fortgesetzt; die meisten Industriezweige konnten zunehmenden Kaufkraftzuwachs der Absatzes und eine Erhöhung des Auftragsbestandes verzeichnen. Diese Aufwärtsentwicklung ist zum Teil durch eine verstärkte Bautätigkeit wirksam geworden, aber auch in der Konsumgüterindustrie ist eine bemerkenswerte Aufwärtsentwicklung zu spüren. Die Rohstoffverleerung sei meistens in der Erzeugerstufe aufgefangen worden.

### Textilpreise stürzen

Dieser Satz führt uns zu dem erheblichen Preisrückgang in Textilien. Es wird von der Textilindustrie darauf hingewiesen, daß ihre Preise bis zu 20% heruntergegangen seien und man sich nicht mehr beim Sommerurlaubverkauf auf weitere Überbrückungen nach unten einstellen könne. Ein solcher Appell ist verständlich; man will versuchen, die Preise jetzt zum Kauf zu animieren. Der Preisrückgang ist offensichtlich, auf der anderen Seite zeigen internationale die Textilrohstoffe laufend im Preis. Bis jetzt kann Produktion, Großhandel und Einzelhandel diese Spanne noch auffangen. (Die Baumwollspinnerei berichtet sogar über eine Geschäftsbesserung und über Günstigkeit, aber über nur kurzfristige Dispositionen.) Die Rationalisierung wird ebenfalls einiges dazu beitragen. Wir freuen uns über die Feststellung der Textilindustrie, daß sich die Preise jetzt auf diesem neuen Niveau einstellen werden.

Wir freuen uns weiter darüber, daß man sich jetzt doch schon in der Bundesregierung Sorgen über den Herbst macht. Jedenfalls wird ein neues großes Wirtschaftsprogramm geplant. Dieses neue Arbeitsbeschaffungsprogramm soll etwa 1 Mrd. DM umfassen. Dabei wird man nicht, wie bisher, den Ländern und der bürokratischen Verwaltung diese Aufgabe überlassen — ein ernstliches Eingeständnis. Der Anlauftermin ist „nicht aktuell“, man werde das zweite Programm „in Reserve halten können“. Wir wünschen auch, daß man es nur in Reserve zu halten braucht, aber wir glauben, es nicht. Es wird jedenfalls gut sein, das Programm so auszuarbeiten, daß es mit dem berühmten Druck auf den Knopf sofort zum Laufen gebracht werden kann. Das für das Jahr 1950 geplante Bauprogramm ist so spät angelaufen, daß man Sorge um die rechtzeitige Fertigstellung vor Einbruch des Winters hat.

### Börse lustlos

Trotz aller dieser günstigen Meldungen will sich die Börse nicht erholen. Käufer und Verkäufer üben stärkere Zurückhaltung. Es ist allgemein erstaunlich, daß für die Beirteilung der Börsenleute weder die Ermäßigung der Arbeitslosen, noch die Steigerung der Exporte, noch die Zunahme der Produktion, noch die Bekanntheit von günstiger Kapitalumstellungen, noch gute Dividendeverkündigungen maßgebend sind, sondern allein der Krieg in Korea. Die Börsianer haben bekanntlich immer eine gute Nase. Es ist aber nicht nur der Korea-Krieg, der zur Vorsicht mahnt, sondern auch innerwirtschaftliche Entwicklungen. Der Herbst bringt Gefahrenmomente mit sich, die wir nicht unterschätzen wollen und die wir bereits mehrfach behandelt haben, die Konkurrenz und Zahlungseinstellungen, die Kredittrockenheit und die Kredit-Rückstöße sind viel zu eng, wenn gesagt sein soll, daß zusätzliche Exporte und weitere Produktionssteigerungen von manchen Firmen schon für nicht mehr finanziert werden können.

Die deutschen Börsen waren auch am Montag lustlos und überwiegen schwach. Montanwerte mußten Abstriche bis zu zwei Punkten hinnehmen. Mannesmann 44%, Stahlverein 43, Rheinmetall 43%, Gutehoffnungshütte 34, Klöckner 30 (in Frankfurt sogar nur 48%). Conti-Gummi ging auf 94 1/2 zu-

Die bei dem gegenwärtig in Rom geführten Handelsvertragsverhandlungen zwischen Italien und der Bundesrepublik auswendigen Vertreter des Deutschen Bauernverbandes haben unter Protest die Verhandlungen verlassen. In einer Erklärung hat der Vorstand des Ausschusses für Gemüse- und Obstbau des Deutschen Bauernverbandes Hans Terhaaff dem deutschen Delegationsleiter, von Maltau, am 7. Juli in Rom folgendes persönlich mitgeteilt: „Nach der am 6. Juli erteilten Bekanntgabe der Entscheidung des Bundeskabinetts über die in Italien in einem Übergangsabkommen über 12 Mill. Dollar und einem Hauptabkommen über 12 Mill. Dollar gestellten Zugeständnisse in der Ausfuhr von Obst und Gemüse nach Westdeutschland bei gleichzeitiger Liberalisierung aller Zölle für die Einfuhr von Obst und Gemüse, ist die deutsche Obst- und Gemüseerzeugung und insbesondere die Vielzahl der kleinen und kleinsten Intensivbetriebe verhängnisvolle Folgen haben wird. Die Verantwortung hierfür müssen wir denen überlassen, die sie glauben tragen zu können. Bei dieser Sachlage haben wir unsere längere Anwesenheit in Rom nicht für erforderlich. Wir haben uns entschlossen, Rom unter Protest gegen diesen Handelsvertrag mit Italien und der dadurch zum Ausdruck kommenden Mifachtung der Lebensrechte des deutschen Obst- und Gemüsebauers sofort zu verlassen.“

Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes hatte auf seiner Sitzung am 29. Mai in Übereinstimmung mit dem einstimmigen Beschluß des Bundesrates vom 27. April d. J. auch für Gemüse und Obst eine Beschränkung der Einfuhren auf den echten Bedarf gefordert. Für die gegenwärtig laufenden Handelsvertragsverhandlungen mit Italien war am 7. Juni in einer Vorverhandlung im Bundesernährungsministerium mit dem Vertreter des Importeurs und der Industrie eine wesentliche Ermäßigung der Einfuhrkontingente des Vorjahres in Höhe von insgesamt 30 Mill. Dollar für Gemüse, Obst und Süßfrüchte als notwendig erachtet worden. Der Deutsche Bauernverband hält im neuen Handelsvertrag ein Gesamtkontingent von 11 Mill. Dollar bei Berücksichtigung der zu erwartenden Freizugbewegungen für angemessen.

Am 5. Juli berichteten die Vertreter des Deutschen Bauernverbandes aus Rom, daß von der Bundesregierung eine erhebliche Erhöhung der Gemüse-, Obst- und Süßfruchtkontingente für Italien zugestanden worden sei. Der Deutsche Bauernverband hatte danach seinen Vertretern in Rom ein Telegramm mit folgendem Wortlaut überreicht: „Erfahren haben von zuständiger Seite, daß zusätzliche Einfuhr unter der Voraussetzung vorgesehen ist, daß eine entsprechende Kürzung der Einfuhren aus Frankreich erfolgt. Wir haben trotzdem, nach wie vor unüberwindliche Bedenken und bitten Sie, pflichtgemäß zu entscheiden, ob Sie

und unsere Sachverständigen unter diesen Umständen an den Verhandlungen noch weiter teilnehmen können. Wie hierzu aus Rom berichtet, sei sich der Führung der deutschen Delegation, von Maltau, bemüht haben, die Vertreter des Bauernverbandes zu einer weiteren Mitarbeit an den Handelsvertragsverhandlungen nicht verantwortlich machen.“

und unsere Sachverständigen unter diesen Umständen an den Verhandlungen noch weiter teilnehmen können. Wie hierzu aus Rom berichtet, sei sich der Führung der deutschen Delegation, von Maltau, bemüht haben, die Vertreter des Bauernverbandes zu einer weiteren Mitarbeit an den Handelsvertragsverhandlungen nicht verantwortlich machen.“

### Verzögerung der deutsch-bulgarischen Handelsvertragsverhandlungen

Die seit dem 1. Juli in Frankfurt/Main geführten deutsch-bulgarischen Wirtschaftsverhandlungen sind überaus langsam voranschreitend. Dem Vernehmen nach ist dieser Aufschub der unentschiedenen Haltung des Bundesernährungsministeriums zuzuschreiben, das sich auch hier wie bei den Polenverhandlungen eine längere Bedenkzeit für die Entscheidung über die ungarischen Einfuhren vorbehalten hat. In Außenhandelskreisen wird dies um so mehr bedauert, als die bestehende Zahlungsübergang, die Abwicklung von Exporten mit deutschen Lieferungen und der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse einen möglichst schnellen Abschluß der Verhandlungen wünschenswert gemacht hätte.

### Abbruch der deutsch-griechischen Verhandlungen?

Die griechische Handelsvertragsdelegation, die seit dem 16. Juni bei Ende voriger Woche in Frankfurt über ein neues Handelsabkommen mit Westdeutschland verhandelt hat, sieht die Besprechungen als abgebrochen an, während die zuständigen deutschen Stellen unterrichten, daß es sich nach ihrer Ansicht nur um eine Unterbrechung der Verhandlungen handelt. Man weist darauf hin, daß ein vertraglicher Zustand dem deutsch-griechischen Warenverkehr zum völligen Erliegen bringen müßte, und daß eine solche Situation sich für den griechischen Handelspartner sehr ungünstig auswirken würde. Während auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs über die Abänderung des gültigen Abkommens offenbar bereits eine weitgehende Einigung erzielt worden war und auch über die griechischen Lieferwünsche außerhalb der Tabak- und Weinexporte sich bereits eine gewisse Verständigung abzeichnete, liegen die Diskussionen zwischen den griechischen Lieferwünschen und den westdeutschen Abnahmemöglichkeiten auf dem Gebiet des Tabaks in der hier für zuständigen Tabak-Unterkommission die Verhandlungen an den letzten Punkt geführt. Dabei bestand bei den deutschen Stellen durchaus Neigung, den griechischen Wünschen soweit wie nur möglich entgegenzukommen. Die Grenze wird von der Gesundheitsbehörde der Verbotschancen gezogen, die heute dem Virgin-Tobak den Vorrang geben. Die Deutsche Tabak-Industrie hat bereits erhebliche Aufwendungen zur Werbung für Orient-Tobak gemacht, hier werden Millionen-Beträge genannt. Es wurde der Hoffnung aus-

druck gegeben, daß eine Senkung der Zigarettensteuer für das nächste Jahr die Importeure an Orient-Tobak auf die Höhe des aus den USA stammenden Virgin-Tobaks steigern könnte. Da jedoch die Vorräte, die zur Zeit noch in der Bundesrepublik vorhanden sind, erheblich zu sein scheinen, war es nicht möglich, für das laufende Vertragsjahr den Griechen ihren Forderungen voll entsprechende Abnahmemengen zu geben. Die griechische Kritik an den westdeutschen Tabakpositionen weist darauf hin, daß die bevorstehende des Virgin-Tobaks in Westdeutschland im amerikanischen Steuerzoll in beträchtlichem Umfang betriebe und daß zu diesen Millionen-Beträgen noch die DM-Gegenwerte für die nach Deutschland beschleunigten Zigaretten gedruckt werden müßten, von denen ein Teil aus der Bundesrepublik wieder herausgeschmuggelt wurde, was der Bewertung der DM im Ausland abträglich sei. Der amerikanische Steuerzahler habe weiter auch noch das Defizit zu decken, das Griechenland als europäischer Handelspartner durch den Abbruch der Einfuhr von Virgin-Tobak im Außenhandelsbilanz aufzuweisen habe. Die deutsche Industrie müsse schließlich diejenigen Länder als Absatzgebiete verlieren, die Orient-Tobak produzieren und vornehmlich mit diesen ihre großen Warenbestände aus Deutschland traditionell beschafften. Auf griechischer Seite erblickt man in der Verwendung von ECA-Mitteln und in der Durchführung von Gegenseitigkeitsgeschäften mit den USA zum Zwecke der Einfuhr von Virgin-Tobak einen Vorstoß gegen die Grundzüge europäischer Zusammenarbeit. Offenbar hat die griechische Regierung die Absicht, diese Frage, in der sie den Schlüssel zur günstigen Gestaltung des deutsch-griechischen Warenverkehrs erblickt, der OEEC in Paris zu unterbreiten.

### Vor neuen Verhandlungen mit Holland

Für die nächste Woche sind Besprechungen der gemischten deutsch-niederländischen Kommission in Aussicht genommen worden. Sie werden am 11. oder 12. Juli in Den Haag geführt werden. Sie betreffen nicht den Abschluß eines neuen Handelsvertrages, über den erst im August nach Klärung der letzten noch offenen Fragen der Europäischen Zahlungskonvention verhandelt werden wird. Vielmehr werden Zahlungsverkehrsprobleme zur Debatte stehen, die sich aus dem hohen Passiv-

### Keine Liebesgaben mehr auf kommerzieller Basis

In dem Einfuhrverbotsdirektiv 1/50 des Bundesministeriums für Wirtschaft wird die ZELA-Anweisung Nr. 13, welche die Einfuhr von Geschenkartikeln auf kommerzieller Basis regelt, aufgehoben. Die Einfuhr von Einzelartikeln, die unmittelbar von dem Spender an den inländischen Empfänger gesandt werden, sowie die Einfuhr von Geschenk- und Liebesgabenendungen durch die in einer besonderen Liste aufgeführten Wohlfahrtsorganisationen, ist auch weiterhin zulässig. Für eine Übergangszeit ist vorgesehen, daß noch nicht restlos abgewickelte Verträge über kommerzielle Liebesgabenendungen, die genehmigt worden waren, noch erfüllt werden können.

### Französischer Vorschlag für Kompensationsabkommen Südbaden — Ostfrankreich

Der französische Vorschlag für den Abschluß eines neuen Kompensationsabkommens zwischen Südbaden und Ostfrankreich behaltende bei Mitteilung von gut informierter Seite als wesentliche Punkte für die Durchführung des Handelsverkehrs zwischen den Grenzgebieten die Aufhebung von Restriktionen, die Behrtragung von Transportgarantien und die ausschließliche Verwendung von Gütern innerhalb des Grenzlandes. Wie maßgebliche Kreise hierzu erklären, dürfte besonders der letzte Gesichtspunkt nicht den deutschen Wünschen entsprechen. Von deutscher Seite ist geplant, auch Karlsruhe in die Grenzlandabkommen einzubeziehen und dafür Konstanz auszunehmen.

### USA-Markt für deutsche Erzeugnisse aufnahmefähiger

Deutsche Waren haben gute Absatzmöglichkeiten in den USA, sofern sie in Preis und Ausführung den amerikanischen Verhältnissen entsprechen. Dies geht aus einer bei führenden amerikanischen Einzelhändlern veranstalteten Umfrage hervor, die am 7. Juli im New Yorker Journal of Commerce veröffentlicht wurde.

Die Aussichten für das Herbst- und Wintergeschäft, so schreibt das Blatt, werden von amerikanischen Einzelhändlern als günstig eingeschätzt. Am stärksten gefragt seien Porzellanwaren erster Qualität. Bei Tafelgeschirr setze sich ein leichter Rückgang, während Töpferware begehrt bleibe. Bei Lederwaren ergab die Umfrage eine unterschiedliche Haltung. Eine Einkaufsorganisation beschneide die deutschen Lederwarenpreise als führend, während die meisten Einzelhändler erklärten, daß anderweitig günstigere Käufe möglich wären könnten. Die Aussichten für mechanisches Spielzeug werden wegen des Fehlens neuer Muster nicht mehr günstig beurteilt, dagegen hätten Uhren, Glaswaren, vor allem geschliffene Glas, Holzschmuck, Blousterwaren sowie Geschenk- und Haushaltsartikel gute Importchancen.

Alle befragten Einzelhandelszweige haben Einkaufsleiter nach Westdeutschland entsandt, bemerkt das Blatt abschließend. Die deutschen Lieferungen seien im allgemeinen zufriedenstellend gewesen.

### Zusätzliche Einfuhren in den Sterlingraum weiter möglich

Die am 1. Juli zwischen einer britischen und einer deutschen Delegation in Paris getroffenen Vereinbarungen über zusätzliche Exportmöglichkeiten in die britischen Kolonien und selbständigen Länder des Sterling-Blocks bleiben bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen in London verhandelten Handelsvertrages in Kraft, wie amtlich aus dem Bundesministerium für Wirtschaft verlautet. Ohne daß hiermit den kommenden Entscheidungen über Form

und Mitgliedschaft einer zugehörigen Zahlungsunion und dem Ergebnis der Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag vorzuziehen werden sollte, wurden von Ländern die abhängigen Überseegebieten ermöglicht, die Einfuhr einer zusätzlichen deutschen Warenmenge im Werte von 4 Mill. Pfund Sterling zu realisieren. Weiter sind die unabhängigen Länder des Sterlingblocks (wie Australien, Indien, Pakistan, Südafrika usw.) davon unterrichtet worden, daß die britische Regierung keine Einwendungen aus Gründen der Zahlungsbilanz erhebt, wenn diese Länder die Restriktionen für die Einfuhr deutscher Waren lockern, soweit sie dies von Gesichtspunkt ihrer Zahlungsbilanz für möglich halten. Diese Empfehlungen der britischen Regierung an die Regierungen der unabhängigen Länder des Sterlingblocks und die abhängigen Überseegebieten haben bereits eine unmittelbare Befolgung der deutschen Einfuhr in den Sterlingraum zur Folge gehabt.

### Wir greifen auf:

Vorschläge zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit der Ostzone und zur Bekämpfung des illegalen Handels unterbreitet worden. Geht es um sich darunter ganz vernünftige Vorschläge befinden. Ein Vorschlag jedoch, der von einer Unterkommision Interzonenhandels des Bundesernährungsministeriums für Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung des illegalen Interzonenhandels eingebracht wurde, dürfte kaum verwirklicht werden, und wenn, dann gegen den Willen der deutschen Bevölkerung in West und Ost; denn es fördert die Erhöhung einer Zollgrenze gegenüber der Ostzone. Die Experten dieser Unterkommision fordern die Bundesregierung auf, mit Hilfe der Hoher Kommission, die Zollkontrollen so politisch zu schützen und die alliierten Gesetze, die gegenüber dem Ausland gelten, auch gegenüber der Ostzone anzuwenden. Wir wollen nicht näher darauf eingehen, was das für die Zukunft Deutschlands bedeuten kann, wenn derartige Vorschläge politisch blinder Eiferer Gehör finden sollten. Der Handel würde noch schlechter vorantreiben gehen, als dies schon heute der Fall ist, noch mehr Fremdwährungen, alliierte Güter, Getreide und Rohstoffe verschärft, Aus- und Einfuhrkontrollen und das alles innerhalb Deutschlands. Das bedeutet einen weiteren Beitrag zur Verwässerung der Zweitzone.

Vielleicht rednet man im Bonner Finanzministerium schon mit den Zoll-Einzeln aus dieser Quelle und anderwärts mit der Verteuerung der deutschen Erzeugnisse aus der Ostzone. Man vergißt aber, daß diese Angelegenheit nicht eine politische Seite hat, deren Bedeutung man wahrscheinlich noch nicht genügend abschätzen darf. Jedenfalls dürfte hier eine gewisse Mäßigkeit angebracht sein, auch wenn interessierte Kreise die Idee eines Unterzonenhandels, Ostdeutschland als Ausland zu behandeln, „glänzend“ finden.

Schweden importiert, die UdSSR exportiert Papier. Schweden zählt bekanntlich zu den wichtigsten Papiererzeugungs- und Exportländern der Welt. Die Papierfabriken beim Export ihrer Erzeugnisse im Durchschnitt 170 t/a je Tonne mehr erzielen können, als auf dem Inlandsmarkt, wo die Preisunterstützung für Papier besteht, macht sich ein zunehmender Mangel an Papier im Inland bemerkbar, der sich bereits darin äußert, daß zahlreiche Exportverträge zahlreiche Aufträge nicht mehr durchführen können, weil ihnen keine Papieremballage zur Verfügung steht. Heute ist Schweden so weit, daß es z. B. in England Papier zu importieren beginnen hat zu Preisen, die höher liegen als die schwedischen.

Im übrigen ist überall ein starker Papiermangel festzustellen, vor allem auch in den südamerikanischen Ländern, die große Mengen an Zeitungspapier aus den USA und Kanada befragen haben. Nun hat sich zum großen Mißbehagen der USA-Papierproduzenten die Sowjetunion eingeschaltet und durch ihre Vertreter Papier angeboten, und zwar in guter Qualität und zu Bedingungen, die nicht schlechter und nicht besser sind als die amerikanischen und die kanadischen. Und die russischen Vertreter haben Aufträge bekommen können.

In Argentinien, wo der Papierverbrauch besonders stark ist, wurde nunmehr aus drei ausländische Unternehmen die Genehmigung zur Einrichtung von Fabriken für Rotationspapier erteilt. Man hofft mit der Kapazität dieser drei Betriebe einen erheblichen Teil des argentinischen Zeitungspapierbedarfs decken zu können.

Im übrigen ist man in gut unterrichteten Kreisen der Auffassung, daß die Schwierigkeiten bei dem derzeit laufenden deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen nicht zuletzt auch auf das französisch-deutsche Abkommen und die diesbezügliche Fühlungnahme der beiden Parteien zurückzuführen seien. Die Italiener verlangen, daß die Bundesrepublik die Obst- und Gemüseerzeugung aus Italien liberalisiert, während sie selbst nicht geneigt sind, deutsche Industrieprodukte in höheren Mäßen als bisher abzunehmen. Die Verzögerung der Italiener, die in den Kommissaren der italienischen Presse vom Niederschlag findet, ist nicht gerechtfertigt. Die Liberalisierung behauptet doch schließlich im Gegenseitigkeit und die Bundesrepublik ist nicht nur Einfuhrland.

### Ostdeutschland — Ausland?

In der letzten Zeit sind von einzelnen Wirtschaftsprüfern und von Ausschüssen des Bundestages zahlreiche

# Gründe für den illegalen Interzonenhandel

Mit den Gründen, die zu dem illegalen Verkehr in Interzonenhandel führen haben, beschäftigt sich das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin in einer Untersuchung über die Entwicklung des Interzonenhandels in seinem Wochenbericht vom 7. Juli. Von dem Institut werden als wesentliche Gründe folgende 5 Punkte angeführt:

1. Der illegale Weg ist so kompakt, daß es vielfach billiger und zeitsparender ist, direkt Bar- oder Kreditverkehr zu pflegen. Bei der gegenwärtigen Knappheit an Betriebsmitteln wird daher schon aus diesem Grunde der illegale Weg beschritten.

2. Die Handel in Waren, deren Lieferung in die Ostzone Westdeutschland entweder verboten oder von besonderer

Gemeinhaltung abhängig gemacht hat, ist in besonders hohem Grade oder ganz auf den illegalen Weg verwiesen. Am Beispiel der Warengruppen der Ostzone und die osteuropäischen Länder vielfach ein hohes Interesse, ist es, daß diese Waren zum Ingehalt und zum Ausbau der „Autarkie“, auf einen höheren Industrialisierungsgrad hinzielenden und stark auf Reparationsleistungen abgestellten Wirtschaft dringend benötigt werden. Ist es, daß dabei strategische Überlegungen eine Rolle spielen.

3. Die Waren, die in Westdeutschland aus dem illegalen Handel herausgehalten werden, oder deren Kontingente im Vertrag erschöpft sind, erscheinen im Westen entweder über die Zollgrenzen zu Dumpingpreisen oder über das Ausland zu Preisen, die den westdeutschen entsprechen.

4. Der freie Währungsкурс (DMO: DMW) teilt vielfach zu illegalen Lieferungen nach dem Westen im illegalen Warenverkehr werden den Ostzonen durch die Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt. Die gütigen (1944er) Stopp-Preise in Ostfeld gezahlt, während bei direkter Lieferung gegen Bar ein Vielfaches erzielt wird, abgesehen von der Möglichkeit, sich auf diesem Wege Engpässe zu beschaffen.

5. Die Tatsache, daß Ost- und Westdeutschland noch als einheitliches Zollgebiet behandelt werden, in Verbindung mit dem großen Kursunterschied, 180% die im Osten mit Ostmark vertriebenen Waren, besonders die Gemülmittel für den illegalen Westeinkauf billig werden. Die Zollpolitik dürfte mit der Einführung des westdeutschen Wertollars, der jedoch erst in einem Jahr zu erwarten ist, ihr Ende finden.

Trotz des starken Bedürfnisses nach gegenseitigem Gütertausch werden immer wieder neue Versuche zur Umgehung des illegalen Handels gemacht. Sie werden aber nach Auffassung des Instituts so lange keinen durchschlagenden Erfolg haben, als zwei grundverschiedene Wirtschaftssysteme nebeneinander stehen, von denen eines das andere als wirtschaftspolitisches Mittel systematisch einsetzt.

soldo der Bundesrepublik gegenüber den Niederlanden im Zusammenhang mit dem wahrscheinlich rückwirkenden Inkrafttreten der Europäischen Zahlungsunion ab 1. Juli ergeben haben. Von holländischer Seite wurde der deutsche Debitaldo kürzlich mit 300 Mill. hfl. angegeben. Er dürfte jedoch gegenwärtig sogar noch höher liegen.

### Handelsabkommen mit Uruguay ratifiziert

Das am 11. Oktober 1949 paraphierte Handels- und Zahlungsabkommen der Bundesrepublik mit Uruguay ist nunmehr auch auf argualischer Seite am 8. Juli ratifiziert worden, wie VWD von gut unterrichteter Seite erfährt. Das Warenabkommen, das für die Laufzeit von zwei Jahren eine Einfuhr von 10 bis 15 Mill. Dollar vorsieht, war bisher nur für vorläufig anwendbar erklärt worden. Im Anschluß an die Brasilien-Verhandlungen hatte sich ein Mitglied der deutschen Delegation nach Montevideo begibt und in einer Unterredung mit dem argualischen Staatspräsidenten bereits erfahren, daß die bisherigen Schwierigkeiten in den parlamentarischen Instanzen des Landes nunmehr beseitigt worden sind. In Außenhandelskreisen ist dies ein Hinweis auf die Ratifizierung der Hoffnung, daß der Handelsverkehr zwischen Westdeutschland und Uruguay sich nunmehr den anläßlich der Paraphierung des Abkommens hochgepussten Erwartungen entsprechend entwickeln wird. Allerdings steht noch die Erhöhung der Zollrechnungskosten aus, über die der Zahlungsverkehr gebietet wird. Sie wird täglich erwartet.

### Wir greifen auf:

Vorschläge zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit der Ostzone und zur Bekämpfung des illegalen Handels unterbreitet worden. Geht es um sich darunter ganz vernünftige Vorschläge befinden. Ein Vorschlag jedoch, der von einer Unterkommision Interzonenhandels des Bundesernährungsministeriums für Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung des illegalen Interzonenhandels eingebracht wurde, dürfte kaum verwirklicht werden, und wenn, dann gegen den Willen der deutschen Bevölkerung in West und Ost; denn es fördert die Erhöhung einer Zollgrenze gegenüber der Ostzone. Die Experten dieser Unterkommision fordern die Bundesregierung auf, mit Hilfe der Hoher Kommission, die Zollkontrollen so politisch zu schützen und die alliierten Gesetze, die gegenüber dem Ausland gelten, auch gegenüber der Ostzone anzuwenden. Wir wollen nicht näher darauf eingehen, was das für die Zukunft Deutschlands bedeuten kann, wenn derartige Vorschläge politisch blinder Eiferer Gehör finden sollten. Der Handel würde noch schlechter vorantreiben gehen, als dies schon heute der Fall ist, noch mehr Fremdwährungen, alliierte Güter, Getreide und Rohstoffe verschärft, Aus- und Einfuhrkontrollen und das alles innerhalb Deutschlands. Das bedeutet einen weiteren Beitrag zur Verwässerung der Zweitzone.

Vielleicht rednet man im Bonner Finanzministerium schon mit den Zoll-Einzeln aus dieser Quelle und anderwärts mit der Verteuerung der deutschen Erzeugnisse aus der Ostzone. Man vergißt aber, daß diese Angelegenheit nicht eine politische Seite hat, deren Bedeutung man wahrscheinlich noch nicht genügend abschätzen darf. Jedenfalls dürfte hier eine gewisse Mäßigkeit angebracht sein, auch wenn interessierte Kreise die Idee eines Unterzonenhandels, Ostdeutschland als Ausland zu behandeln, „glänzend“ finden.

Schweden importiert, die UdSSR exportiert Papier. Schweden zählt bekanntlich zu den wichtigsten Papiererzeugungs- und Exportländern der Welt. Die Papierfabriken beim Export ihrer Erzeugnisse im Durchschnitt 170 t/a je Tonne mehr erzielen können, als auf dem Inlandsmarkt, wo die Preisunterstützung für Papier besteht, macht sich ein zunehmender Mangel an Papier im Inland bemerkbar, der sich bereits darin äußert, daß zahlreiche Exportverträge zahlreiche Aufträge nicht mehr durchführen können, weil ihnen keine Papieremballage zur Verfügung steht. Heute ist Schweden so weit, daß es z. B. in England Papier zu importieren beginnen hat zu Preisen, die höher liegen als die schwedischen.

Im übrigen ist überall ein starker Papiermangel festzustellen, vor allem auch in den südamerikanischen Ländern, die große Mengen an Zeitungspapier aus den USA und Kanada befragen haben. Nun hat sich zum großen Mißbehagen der USA-Papierproduzenten die Sowjetunion eingeschaltet und durch ihre Vertreter Papier angeboten, und zwar in guter Qualität und zu Bedingungen, die nicht schlechter und nicht besser sind als die amerikanischen und die kanadischen. Und die russischen Vertreter haben Aufträge bekommen können.

In Argentinien, wo der Papierverbrauch besonders stark ist, wurde nunmehr aus drei ausländische Unternehmen die Genehmigung zur Einrichtung von Fabriken für Rotationspapier erteilt. Man hofft mit der Kapazität dieser drei Betriebe einen erheblichen Teil des argentinischen Zeitungspapierbedarfs decken zu können.

Im übrigen ist man in gut unterrichteten Kreisen der Auffassung, daß die Schwierigkeiten bei dem derzeit laufenden deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen nicht zuletzt auch auf das französisch-deutsche Abkommen und die diesbezügliche Fühlungnahme der beiden Parteien zurückzuführen seien. Die Italiener verlangen, daß die Bundesrepublik die Obst- und Gemüseerzeugung aus Italien liberalisiert, während sie selbst nicht geneigt sind, deutsche Industrieprodukte in höheren Mäßen als bisher abzunehmen. Die Verzögerung der Italiener, die in den Kommissaren der italienischen Presse vom Niederschlag findet, ist nicht gerechtfertigt. Die Liberalisierung behauptet doch schließlich im Gegenseitigkeit und die Bundesrepublik ist nicht nur Einfuhrland.

### Ostdeutschland — Ausland?

In der letzten Zeit sind von einzelnen Wirtschaftsprüfern und von Ausschüssen des Bundestages zahlreiche

# Der Weg des Unternehmers

Ein Streifzug durch seine Geschichte mit Blick auf die Zukunft

Auf einer Mitgliederversammlung der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Hamburg“ forderte Dr. Köhler die Anerkennung der Unternehmerrolle, die aus der Wirtschaft nicht fortzudenken ist. Der Hamburger Nationalökonom Prof. Ernst Schreier erklärte: angesichts des Zusammenbruchs der überlieferten Gesellschaft, Rangordnung und des Zusammenbruchs der Gesellschaft mehr als sonst nach echten Autoritäten; in einer Epoche von 100 Jahren sei das Vertrauen nach echten Autoritäten nie so stark gewesen, wie gerade in diesen Tagen, weil die Menschen so viele falsche Autoritäten gesehen und erlebt hätten; eine neue Gesellschaftsordnung sei nicht denkbar ohne Rangordnung und ohne Herausbildung einer Wertgliederung, in der echte Autorität verankert ist. Daraus ergäbe sich speziell eine Aufgabe, die der unternehmerischen Wirtschaft gestellt ist, nämlich einen neuen Mittelstand herauszubilden, der in vielen Beziehungen anders aussähen müsse, als das, was man bisher unter Mittelstand verstanden habe.

Am Anfang dieses Jahres hat Dr. Josef Winkler, der etwas vor dem Krieg durch seine menschlichen Aufträge und als leitender Wirtschaftsexperte der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ starke Beachtung fand, auf einer Arbeitstagung der „Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer“ einen Vortrag vor jungen Unternehmern gehalten, der jetzt als kleine Schrift erschienen ist. Mit Genehmigung des Verfassers geben wir daraus folgende Absätze wieder:

Weher kommt der Unternehmerrichtung? Entsprechend der Gliederung der Unternehmungen gibt es hauptsächlich zwei Reservate, einmal den Strom unternehmerischer Begabung, von Erwerb und Selbstständigkeit angezogener Kräfte, der aus der Angestelltenenschaft zu beauftragten Unternehmern hochsteigt, vor allem in den Kapitalgesellschaften und Konzernen, und zum Zweiten die Söhne und Verwandten der selbständigen Unternehmer und Familienbetriebe. Das erste Reservat hat sich in Deutschland ab 1900, vor allem aber nach dem ersten Weltkrieg, der das Kulturkapital und damit die materielle Grundlage unabhängiger geistiger Arbeit so einnehmend zerstört, bedauerlicherweise und viele Kräfte aus akademischen Kreisen, einschließlich der Besondere, angezogen, die in die wichtig aufstrebende Industrie gingen. Diese Ergänzung wurde immerhin vor 1918 auf rund 40 Prozent der industriellen Führungsschicht geschätzt. Die Bildung einer ökonomischen Elite hat sich zweifellos in Deutschland etwa ab 1900, noch mehr nach 1918, auf Kosten der Elite in anderen Bereichen vollzogen. Damals stellte Robert Michels in seinem Buch über die Umschichtung der herrschenden Klassen nach dem Krieg trauernd fest, daß der Durchbruch der Besoldeten und Wirtschaftler in demselben Maße intelligenter wurde, als der Nachwuchs für die Lehrkräfte der Wirtschafts- und Naturwissenschaften späterer Jahre.

Erstaunlich gering war in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts der Zugang von Arbeitnehmern zur wirtschaftlichen Führungsschicht und noch geringer ihre Beteiligung am Universitätsstudium, während sich noch vor einem Jahrhundert häufiger Arbeiter zu reibendigen und bescheidenen Industriekapitalen aufschwangen. Aus verschiedenen Gründen ist die Zeit der wirtschaftlichen Selbstverwirklichung für die Lehrkräfte der Wirtschafts- und Naturwissenschaften späterer Jahre.

Erstaunlich gering war in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts der Zugang von Arbeitnehmern zur wirtschaftlichen Führungsschicht und noch geringer ihre Beteiligung am Universitätsstudium, während sich noch vor einem Jahrhundert häufiger Arbeiter zu reibendigen und bescheidenen Industriekapitalen aufschwangen. Aus verschiedenen Gründen ist die Zeit der wirtschaftlichen Selbstverwirklichung für die Lehrkräfte der Wirtschafts- und Naturwissenschaften späterer Jahre.

**Aufstieg auf mehrere Generationen verteilt**

Diese Erbschaft hat ihre Vorgängerin, als Aufstieg, die auf mehrere Generationen verteilt werden, die gesunden sind und das bilden, was eine Nation und Gesellschaft als tragende Schicht braucht, nämlich eine Mitte. Das System hat erhebliche Nachteile, wenn, als durch den Unterschied zwischen Volksschulbildung und höherer Bildung auch eine soziale Kluft aufsteht, eine anspruchsvolle und mit Berechtigungen ausgestattete Bildung wirkt nämlich blinder, wie ein großer Unterschied des Besitzes. Eine Geburtsurkunde des sozialen Bestandes ist daher die Trennung der Bildungswege im zehnten bis zum zwölften Lebensjahr. Eine erneuerte Sozialreform — unsere deutsche Sozialpolitik ist ja in vieler Hinsicht chinesisches Vorbild geworden — wird u. a. die Aufgabe anpacken müssen, den Zugang zur höheren Bildung wirklich für alle freizugeben und z. B. den dummen und schlaffen Kindern der Reichen die Bildung mit ihren Berechtigungen zu verweigern, damit sie schneller sozial absterben und damit mehr Platz für Aufstieg und eine ständige Erneuerung des Führungskörpers geschaffen wird. Aber das hat nebenbei, der Kommunismus hat auch eine starke Wirkung auf die Industriebetriebschaft ausgeübt, durch die Breite und Energie mit der er dem Proletariat die Tore der Fachschulen und Universitäten aufriß, während er sie den Söhnen von Bürgern und Kulaken ausnehmend verschloß und sie dadurch zur Ausschließung von jeder Kommandogewalt und zum Absterben der Intelligenz, also zum sozialen Nichts und gelähmten Tod, verurteilte.

In dem Maße, als die wirtschaftliche Leitung ein Fachwissen, wie Technik und Chemie, Rechtskunde und Finanzwissenschaft, voraussetzt und sich sogar die kaufmännische Kunstlehre zur Betriebswissenschaft ausweitete und verfeinerte, in dem Maße ist auch die Be-

wältigung eines bestimmten und nicht leichten Bildungsweges zur Spitze für den Unternehmerruf geworden. Das gilt heute auch im hohen Grade für den selbständigen Unternehmer. Gerade der kleine Unternehmer drängt mit seinem Nachwuchs zur Bildung.

Hier zeigt sich aber auch eine ständig fließende Quelle der Dekadenz des Unternehmens. Bekannt ist die wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung, daß die meisten Unternehmensfamilien nicht als drei Generationen in Tüchtigkeit und Führungskraft nicht überleben. Durch drei Kanäle fließt ständig Unternehmerkraft ab und entfremdet sich der Nachwuchs dem Beruf der Väter, durch das Genußleben, den Drang zum Adel und Landbesitz und durch die Anziehung der Universität, der akademischen Berufe...

### Der Gentleman

Über den Gentleman sind einige Worte am Platz. Im Typ des Gentleman haben Adel und Unternehmer, ferner der Schüler — also der Geist der Hochschule — und der Sportsmann eine seitens und reizvolle Verbindung eingegangen. Der Gentleman war nicht einfach der fortgesetzte oder abgeschwächte Aristokrat der Barockzeit, er war kein Epigone, sondern eine neue Form, die ihre Bildung besonders in der Hochzeit der britischen Unternehmerrichtung und liberalen Weltpolitik erreichte. Er verkörperte nicht nur Sein, wie der alte kontinentale Adel. Vielmehr setzte er voraus, daß der Mensch um Leben kämpfen und alle seine Berufe und Ämter ausüben muß. Der Gentleman will das Leben meistern, und zwar ein Leben, gemischt aus modernem und altem, und beschäftigt sich sehr gründlich damit, die Herrschaft über die Verhältnisse, über Materie und Menschen, mit Sicherheit und ohne Gewalt, daher geistig, auszuüben. Aber die Entfaltung seines Typs setzt Reichtum, zumindest erregendes und gestärktes Wohlstand, voraus und seine Tugenden können sich nur in einem Raum wirtschaftlicher Macht und Geltung entfalten. Sein Typ setzt ferner anerkannte Klassenverhältnisse voraus. Es stimmt daher nicht außer, daß er in England in der Mitte des 18. Jahrhunderts, eben des Unternehmens Jahrhunderts, aufreiste und seine Wirkung in die Welt ausstrahlte. Der gemästete, durch ein Ideal der Lebensführung gebändelte und in Dienst gekommene Reichtum erhob ihn über das bloße Nützlichkeitsmotiv, das von der Kultur aus gesehen nicht ist und keine Vererbung und Nachfolge enthält. Der Gentleman-Unternehmer wachte damit über den Typ des berechnenden Leistungsmenschen hinaus. Was ich hier über ihn sage, ist allerdings schon eine Art Nachruf, denn er stirbt. Kann der junge Unternehmer heute und in Deutschland sich den Typ des Gentleman als wirksames, zeitgemäßes Vorbild nehmen? Ich glaube: nein. Das wäre Romantik, die sowohl an den Möglichkeiten als auch an den Notwendigkeiten seiner Berufung vorbeiführt. Ich will diese Ableitung im Augenblick nicht bestritten, aber sie dürfte im weiteren Verlauf des Vertrages verständlich werden.

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

Unternehmer über Orte und Branchen hinweg kennenzulernen sollen. „Wir brauchen auch in Unternehmenskreisen viel mehr Kameradschaft.“ Weiter regt er regelmäßige Treffen der Junioren in der Form weltlicher „Excursionen“ an. Und dann kommen folgende wichtige Sätze:

Vor allem halte ich es für wichtig, daß die jungen Unternehmer sich ein Bild der Wirtschaft erwerben. Der Kaufmann oder Ingenieur, der Chemiker oder Konstrukteur, die Unternehmer sind oder zu werden, kommen mit ihrem Fachwissen und einer oberflächlichen, gestaltlosen Vorstellung von der Wirtschaft und der Unternehmerrolle in ihr nicht aus. Die bloße Verteidigung des Gewinns oder ähnliche zusammenhanglose und defensive Maßnahmen begründen keine Unternehmenspolitik. Unsere Arbeitsgemeinschaft sollte auf diesem weiten Feld zunächst einmal damit beginnen, mit Sorgfalt und Vorbereitungen einige Bücher auszuwählen und in diesem Sinne zu empfehlen. Wir brauchen dafür eine Art Lektüre. Der amerikanische Unternehmer widmet täglich, wie Herbert Gold in seinem lehrreichen Buch „Manager von morgen“ berichtet, der Lektüre eines Wirtschaftsbüchchens und wirtschaftlicher sowie sozialer Informationen nicht wenig Zeit. Er hält sich möglichst umfassend orientiert. Der junge Unternehmer sollte sich zunächst einmal daran gewöhnen, regelmäßig und kritisch eine gute Tageszeitung zu lesen. Er sollte ferner dem Herausgeber auch schreiben, wenn er etwas zu sagen hat oder nicht richtig findet. Das ist, methodisch betrieben, eine Selbstschulung ersten Ranges, die durch nichts ersetzbar ist. Man kann auch von Zeit zu Zeit das Blatt wechseln. Es gibt in den USA zahlreiche zusätzliche Informations- und Beratungsdienste für den Unternehmer. Dies Gebiet wird in Deutschland auch bereits

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

Unternehmer über Orte und Branchen hinweg kennenzulernen sollen. „Wir brauchen auch in Unternehmenskreisen viel mehr Kameradschaft.“ Weiter regt er regelmäßige Treffen der Junioren in der Form weltlicher „Excursionen“ an. Und dann kommen folgende wichtige Sätze:

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

### Anregungen

Wir bringen nun noch einige Sätze aus dem Schluß dieses Vortrags. Dr. Winkler regt darin Arbeitsgemeinschaften an, in denen sich die jungen

Schon jetzt vormerken:  
Vom 29. Juli bis 14. August 1950

## Wohn-, Bau-Ausstellung

Das Haus von heute  
mit Musterledung  
In Freiburg (Brs.)  
ASV-Jahnstadion, Schwarzwaldstraße

besorgt, ist aber in der Qualität noch entwicklungsfähig... Sie werden vielleicht erschrecken über das, was Ihnen augenutet wird.

**Anvertraute Zukunft**

Aber ein Problemzettel und Vereinsmeiern hat keinen Zweck. Es geht um Ihre Zukunft und die Ihren zu treuen Händen anvertraute Zukunft Ihrer Betriebe und der deutschen Wirtschaft. Es geht um eine Reform der Unternehmerrhaltung, die mit dem Selbstbewußtsein und Stolz des Unternehmers, mit seinem Eintreten für sich selbst und die Werte der Unternehmerrwirtschaft, beginnen muß und der Zivilcourage bedarf. Was aber die Sorgen und Lasten der Zeit anbelangt, so will ich nicht, ob sie unbedingt so Fluß sind. Können sie nicht auch

von daminefrühen und aktiven Menschen, der Gott, sich selbst und seinen Volke vertraut, als eine wegnarische Frucht empfunden werden gemäß der Einsicht: „Was nicht nicht umwirft, macht mich stärker“, als ein Kampf mit dem Engel? Um nur ein Beispiel zu nennen: Könnte nicht der Fischlingsstrom Westdeutschland betreffen, unsere Vitalität stärken und zudem durch fruchtbarere Blutmischung harmonisieren, wenn der Fischling nicht als Belastung, sondern als eine produktiv zu machende Aufgabe angesehen und seine Betreuung so angepackt wird? In diesem Sinne sollte der junge Unternehmer die Zeit und ihre Urnat und Fülle sehen, und so wie der Jüngling von Rodins Ethernen Zeitalter in die zweite, entscheidungsschwangere Hälfte des Jahrhunderts hineinschreiten.

# Einigung über europäische Zahlungsunion

Die bevollmächtigten Minister der 18 Mitglieder der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) haben sich am 7. Juli, dem zweiten Tage ihrer Sitzung in Paris, in allen Punkten über die Grundzüge einig, nach denen die europäische Zahlungsunion (EPU) gestaltet werden soll. Unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers Dirk Stikker und unter voller Beteiligung der Vereinigten Staaten und Kanadas ist damit ein Beschluß gefaßt worden, der für die Entwicklung Europas von entscheidender Bedeutung ist und weitere Gestaltung über den Ablauf des Marshallplans im Sommer 1952 hinaus zu sichern verspricht. In den nächsten 3 bis 4 Wochen werden die juristischen Texte für die EPU ausgearbeitet werden, so daß mit der Unterzeichnung der Verträge Anfang August geschlossen werden kann.

Die Einzelheiten des außerordentlich komplizierten Vertragswerkes werden somit erst im nächsten Monat dem beteiligten Völkern Europas bekannt werden. Die Grundzüge werden jedoch schon früher veröffentlicht werden, da auf der Freitag-Sitzung alle Länder ihre besonderen Vorbehalte zurückgelassen haben. Es ist also damit zu rechnen, daß ein einheitlicher Zahlungsmechanismus innerhalb der Teilnehmerländer entsteht, der einen ersten Ansatz zu einheitlicher Verwendung der Währungen verspricht. Jedes Land wird dann nur Überweisung von Einzahlungen und Auszahlungen im Handelsverkehr bei der EPU ein Konto besitzen, das in Verrechnungseinheiten geführt werden soll. Der Wert der Verrechnungseinheit wird in einer bestimmten Goldmenge festgesetzt werden, so daß eine Sicherung gegen eine etwaige Dollarabwertung gegeben ist.

Jedes Teilnehmerland erhält eine Kreditquote in Höhe von 15% des Handelszahlungsverkehrs (Einfuhr plus Ausfuhr) dieses Landes mit anderen EPU-Ländern im Jahre 1948. Die Berechnungen hierzu sind bei den Ländern mit außereuropäischen Besitzungen noch nicht abgeschlossen. Als Beispiele werden genannt, daß Westdeutschland eine Quote von 317,5 Mill. Dollar und Schweden von etwa 115 Mill. Dollar (900 Mill. Skr.) erhalten werden. Im Rahmen dieser Grundquote können alle Länder Schwankungen ihrer Zahlungsbilanzposition zu 60% durch Kredite und zu 40% durch Goldzahlungen gegenüber der EPU regeln. Je geringer die Verschuldung eines Landes ist, um so geringer ist die Beanspruchung seines Goldvorrates, so daß jedes Land ein Interesse an möglichst geringer Verschuldung hat. Um aber auf der anderen Seite die Unternehmerrfähigkeit innerhalb Europas zu unterstützen, wird der Gläubiger durch die EPU verhältnismäßig schneller mit Gold befriedigt als der Schuldner verpflichtet ist in Gold zurückzahlen. Dies wird durch den Fonds ermöglicht, der aus Marshallplanmitteln der EPU als Operationsbank zur Verfügung gestellt werden wird.

Der Zahlungsmechanismus der EPU ist vollkommen mit der Regelung der alten aber noch nicht hundertprozentig internationalen Kreditposition und mit der Rücksicht auf die strukturell schwachen Länder, wie Griechenland, die Türkei und Österreich. Über die speziellen Zahlungsfragen hinaus aber

ist immer der Blick freigebalten auf das eigentliche Ziel, die Erleichterung des Warenverkehrs innerhalb Europas und deshalb sind die Grundzüge der Handelspolitik, die durch und zwischen den Teilnehmerländern angestrebt werden sollen, am 7. Juli noch einmal besonders beraten und neu formuliert worden. Alle Diskussionspunkte sind nur mit Zahlungsschwierigkeiten begründet waren, wie z. B. die Ausschließung Belgiens von den Lieferungsstellen, werden mit dem Inkrafttreten der EPU ihr Ende finden. Jedes Land soll nur noch eine einzige Liberalisierungsliste aufstellen, die allen Teilnehmerländern der EPU gleichmäßig zugute kommen soll.

Die Teilnehmerländer sollen 15 Tage nach der Unterzeichnung des EPU-Vertrages 80% ihrer inengemessenen Beschränkung im Verhältnis zueinander aufgehoben haben. Wenn ein Land durch diese weitgehende Liberalisierung in eine schwierige Schuldensituation gerät, so soll es berechtigt sein, mit der OECE in Verhandlungen einzutreten. So behalten die verantwortlichen Minister der OECE immer noch die Schlüsselposition, und es ist dafür gesorgt, daß nicht die Einrichtung eines automatischen Zahlungsausgleiches, wie die EPU, in ihrer Bedeutung übertrieben wird.

### Ein englischer Kommentar zur EPU

Alle Schulden in Pfund Sterling und in den anderen Währungen der OECE-Länder werden untereinander in zwei Jahren bezahlt sein, wird in einer Untersuchung über die europäische Zahlungs-Union (EPU) aus der Feder des Finanzkommentators von Reuters, London, Sidney Campell, festgestellt. Der Ausgleich dieser Verpflichtungen soll in zweijährigen Verhandlungen mit der Unterstützung der OECE falls erforderlich sein sollte, herbeigeführt werden. Sollten diese zweijährigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen, kann nicht die EPU-Abkommen über das sich die bevollmächtigten Minister der 18 Mitglieder der OECE am 7. Juli in Paris in allen Punkten einig haben, die automatische Amortisation der gegenseitigen Verschuldung vor. Jedes der kontinental-europäischen OECE-Länder könne, so führt die Untersuchung fort, seine Sterling-Guthaben ohne Einschränkung dazu benutzen, um Schulden bei der EPU abzudecken. Italien beispielsweise verfügt über ein Guthaben in Höhe von 60 Mill. Pfund Sterling. Sollte sich also Italien gegenüber der EPU bis zu diesem Betrag in irgendeiner kontinental-europäischen Währung der übrigen Teilnehmerländer verschulden, so wäre es ermächtigt, zum Ausgleich diese 60 Mill. Pfund Sterling der EPU in Zahlen. Diese Bestimmung dürfte wahrscheinlich vor allem Dingen für solche Länder von großem Nutzen sein, die mittlerweile über größere Sterlingguthaben verfügen, wie Italien, Frankreich und Schweden. Großbritannien selbst würde durch dieses Verfahren seinen Abzug seiner Goldreserven vermeiden, denn die ECA hat sich verpflichtet, für die möglichen britischen Goldverluste im Zahlungsverkehr mit der EPU aufzukommen. Diese Verpflichtung der ECA wird nicht dem der EPU durch die ECA zur Verfügung gestellten Betriebsfonds von etwa 330

Mill. Dollar entnommen, sondern aus einem Sonder-Hilfsfonds der ECA gedeckt werden.

Auch der Teilnehmerländer werden über den Umfang in zweijährigen Verhandlungen unterhalten, in dem ihre Guthaben in kontinental-europäischen Währungen zum Ausgleich der Verschuldung an die EPU eingesetzt werden können. Unter diesen sind Großbritannien mit Guthaben in dänischen Kronen und Niederlande mit Guthaben in DM benannt zu werden. Doch werden sämtliche OECE-Länder die Möglichkeit haben in zweijährigen Besprechungen über Entgegengabe oder Zurverfügungstellung von Beträgen in nationalen Währungen zum Ausgleich von Überbüssen oder Defiziten im Handelsverkehr zu verhandeln, so daß eine Verpflichtung der Zahlung in Verrechnungseinheiten der EPU nicht besteht. In Kreisen der Londoner City hört man vielfach die Meinung, daß viele Mitglieder-Länder es vorziehen werden, an Stelle von Guthaben in Verrechnungseinheiten der EPU solche in Pfund Sterling zu haben, denn die britische Währung gestattet weitgehendere Verwendungsmöglichkeiten als die EPU-Verrechnungseinheit.

Die Abführung oder die Entgegengabe von Gold wird voll von der Höhe der Verschuldung an die EPU oder von der Höhe der Guthaben bei der EPU eines jeden Landes abhängen, nicht aber davon, ob diese Verschuldung oder das Guthaben in einer nationalen Währung oder in EPU-Verrechnungseinheiten geführt wird. Auf jeden Fall wird die Zahlung von Gold auf Grund zweijähriger Zahlungsabkommen der Teilnehmerländer untereinander nach dem Zustandekommen der EPU eingeleitet. Alle Zahlungen in Gold der OECE-Länder untereinander werden in Zukunft über die EPU laufen.

Für Großbritannien ergibt sich aus der Schaffung der europäischen Zahlungs-Union die Notwendigkeit, seine zweijährigen Abkommen mit OECE-Ländern dem EPU-System anzupassen. Das bedeutet, daß die Kreditgrenzen gegenseitig angeglichen werden müssen, und daß sie nicht über die Höhe des EPU-Kredits hinausgehen dürfen. Der jedem einzelnen Mitgliedland der betreffenden anderen Währung zur Verfügung steht.

Das Abkommen über die europäische Zahlungs-Union läuft bis zum 30. Juni 1952, es sei denn, es werde vorher durch ein anderes Abkommen ersetzt oder verlängert. Sollte die EPU Ende Juni 1952 liquidiert werden, dann würde der Bestand in Gold und Dollar, einschließlich der von der ECA zur Verfügung gestellten Dollar, an die Gläubigerländer verteilt werden. Die verbleibenden Guthaben oder Schulden in den verschiedenen europäischen Währungen würden ebenfalls auf die Mitgliederländer im Verhältnis ihrer Beitragsquoten umgelegt werden. Sie würden somit die Form von zweijährigen Guthaben oder Schulden annehmen.

Die Ausstattung der EPU mit Einzelteilen Mitteln kann als reichlich angesehen werden. Diese Mittel sind folgendes:

1.) Etwa 330 Mill. Dollar, die aus der Marshallhilfe als Betriebskapital für die EPU abgewirgt werden. Sie finden ihre Ergänzung durch nichtausge-

nutzte Zahlungsrechte in europäischen Währungen nach dem Stand von 30. Juni dieses Jahres, an welchem Tage die Zahlungsrechte auslaufen. Der größte Teil der zur Sterling lautenden Zahlungsrechte wurde bereits ausgenutzt. Es stehen jedoch noch größere Beträge in Zahlungsrechten auf Belgien zur Verfügung. Für Belgien liegt darin insbesondere ein besonderer Vorteil, als die Zahlungsrechte auf Belgien durch ECA-Zuflüsse abgekauft werden.

2.) Es ist anzunehmen, daß ein Teil der Marshallhilfe zugunsten von Großbritannien und zugunsten von solchen Ländern, von denen man annimmt, daß sie Gläubiger der EPU werden, nur unter der Bedingung erteilt wird, daß sie sich mit der Abschreibung eines Teiles ihrer Forderungen an die EPU einverstanden erklären. Dadurch würden diejenigen Länder, die erwartungsgemäß Schuldner der EPU sein werden, einen Teil ihrer Verschuldung ebenfalls abbuchen können. Etwas ein Drittel der Marshallhilfe zugunsten von Großbritannien dürfte nur unter dieser Bedingung gewährt werden, es sei denn, daß die EPU den entsprechenden Gegenwert in Form eines Sterling-Kredits nicht brauche.

3.) Die EPU wird über Kredite im Gegenwert von im Höchstfalle 2400 Mill. Dollar in europäischen Währungen verfügen können, und zwar weil die Summe der Beiträge aller Mitgliederländer etwa 4000 Mill. Dollar ausmachen, von denen 60% in Krediten und 40% in Gold zur Verfügung gestellt werden.

4.) Bestehende Sterling-Guthaben können und Guthaben in anderen Währungen dürfen zum Ausgleich von Schulden an die EPU durch die über solche Guthaben verfügenden Länder benutzt werden.

5.) Die Unterstützung aus dem Sonder-Hilfsfonds der ECA zugunsten von Schuldnerländern kann nach Beratung mit der EPU angerechnet werden. Aus dem Betriebsfonds der EPU können Gläubiger-Länder Zahlungen in Gold schneller erhalten, als die Schuldner verpflichtet sind, Gold einzuzahlen. 90% der Quoten nach jeder Richtung stellt der Verrechnung von Gold nicht unterworfen. Bei den übrigen 10% der Quoten erfolgt die Begleichung der Forderung der Gläubiger-Länder zu gleichen Teilen in Gold und in der Gewährung von Krediten. Die Verpflichtung der Schuldner, zur Abführung von Gold einzutreten, unterwirft zu und erreicht erst dann das Verhältnis von 90 zu 10, wenn der Schuldner seine volle Quote bei der EPU in Anspruch nimmt.

Die Schaffung der EPU wird für den Kaufmann bei Begleichung seiner Verpflichtungen oder bei Entgegengabe von Zahlungen aus dem Ausland nichts ändern. Die Transferierbarkeit aller OECE-Währungen innerhalb des gesamten Gebietes der OECE und zwischen diesen und den überseeischen Währungsgebieten einschließlich des Sterling-Blocks ist eine Angelegenheit, die sich über die nationalen Notenbanken abwickeln wird. Hierdurch werden die nationalen Notenbanken in die Lage versetzt — in einigen Fällen können sie sogar dazu gezwungen werden — die Bestimmungen über den Verkehr in ausländischen Währungen und über den Handelsverkehr zu lockern. Die EPU als solche hat diese Aufgabe nicht.



# „Tiroler Roter“ gesucht

### Zwei Stimmen zur Einfuhr von Südtiroler Wein

Bei den schwebenden deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen — der alte Handelsvertrag ist bekanntlich am 28. Juni 1950 abgelaufen — spielt u. a. auch die Lieferung von Südtiroler Wein nach Deutschland eine Rolle. Die Interessenten betonen, dass die Südtiroler Weinbauern und der bayerische Weinhandel, wenn sich wohl bald einig werden, wenn nicht die heutige Dreizehnterquote für den Wein — so sehr er auch geschätzt wird — immerhin noch nicht zu den lebenswichtigen Gütern zählt. Wir geben zwei Stimmen von diesem und jenem der Grenze zu dieser Frage Raum.

### Die Meinung des bayerischen Wein großhandels

In Kreisen des bayerischen Weinhandels verfolgt man mit einiger Sorge den Gang der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen in Rom. Man hofft, daß die gleichgerichteten Wünsche der bayerischen Konsumenten und der Südtiroler Winzer über die Einfuhr von Südtiroler Wein, von denen der Erste eine besondere Begehrtheit erlangt, Erfüllung finden können. Südtiroler Rotwein wird im Alpen- und Voralpengebiet bis zur Donau einschließlich Schwaben bereits seit Jahrhunderten im Volk getrunken worden, und bevor das Bier in Bayern heimisch wurde, nahm Tiroler Rotwein in diesen Gegenden etwa die Stellung des Getreides ein.

Soll 1948 fanden keine regulären Importe Tiroler Weins nach Deutschland mehr statt — es kamen lediglich sporadisch Gesandtschaften von kirchlicher Seite usw. Die Ungewilltheit über den Inhalt des Handelsvertrags hinsichtlich des Imports von Trinksäften aus Italien läßt auf bayerischer Seite befürchten, daß die Sommerreisen (die stets eine starke Absatzleitung für Tiroler Rotwein besetzt) ohne das erwartete Geschäft verpuffen; und auf Südtiroler Seite nicht man mit der Sorge vor überfüllten Lägern das Herannahen der Weinlese.

Die Hintergründe dieser Lage dürften erkennbar werden, wenn man die mannigfachen Schwierigkeiten verfolgt, denen sich die italienische Regierung in letzter Zeit in Südtirol gegenüber und die Achtung der Interessen an der Förderung der Absatz der dortigen Weinbauern gefühlt haben. Es hat in Südtirol einseitig, daß fast das gesamte Weinkontingent im Zusatzabkommen in Höhe von 0,5 Mill. Dollar zum Bezug südtiroler Herstellerweine verwendet werden (es für 30.000 Dollar kamen fertige Weinweine). Teilweise wird es für angedacht gehalten, die Festigkeit dieser Herstellerweine einer speziellen Prüfung zu unterziehen. Man wendet sich im Grunde nicht gegen die Einfuhr von Erzeugnissen, sondern ihrer zweckmäßigen Verwendung in Deutschland gesichert ist. Es besteht jedoch die Möglichkeit — Nachrichten haben das bestätigt —, daß diese Prozeduren mit deutschen Weinen verschritten als Trinksäfte in den Handel gebracht werden, wo sie auf Grund ihrer geringen Qualität und des niedrigen Preises zu einer ersteninstufigen Gefahr für den großen deutschen und ausländischen Trinksäfte werden können. Wie weit allerdings es sich auch im Weinhandel sehr bemerkbar machende Gewerbetreibende hierfür mit-

verantwortlich gemacht werden kann, ist schwer zu entscheiden.

Nun kann die italienische Regierung ebensoviel ein Weinbaugeld für Handelsvertragsabkommen streikt begünstigen wie die deutsche Bundesregierung die Konsumenten eines Landes als Grundlage offizieller Besprechungen machen kann. Aber es ist möglich, den Anteil der Herstellerweinfuhr (z. B. zur Brauerei- und Essigherstellung) und die Einfuhr von Weinweinen, zuzusetzen des Imports von reinen Trinksäften einzuschränken. Das ist die Voraussetzung, um die es zur Zeit geht. Ist es einmal geschaffen, so hofft der bayerische Weinhandel im Zuge der fortschreitenden Freigabe in den Handelsbeziehungen zwischen den Ländern stärker einmal die Möglichkeit zu haben, durch direkte Verhandlungen mit Südtiroler Winzern seine Wünsche realisieren zu können. Die Geschäftsverhältnisse zwischen beiden Partnergruppen ist viele Generationen alt und teilweise durch verwandtschaftliche Beziehungen untermauert.

Der bayerische Weinhandel weiß sich mit diesen Bemühungen im Gegensatz zu den deutschen Weinern, deren Neugründung der „Weinwertungs-Gesellschaft“ nach Ansicht des Handels in ihrer Arbeitsleistung dem obersten Gebot des Dienstes am Verbraucherwunsch nicht in jeder Weise entspricht. Am gerinsten ist dabei wohl noch das Interesse der Importeure von Südtiroler Rotwein berührt, weil und kann, doch diese Weinart keine Konkurrenz des deutschen Weinweins sein und ist auch andererseits die relativ geringe deutsche Rotweinerzeugung nicht in der Lage, dem Tiroler Roten ernsthaft Wettbewerb zu machen.

Ein ernsthafter Konkurrent für beide Interessengruppen könnte mit der massierten Einfuhr von Weinweinen aus Italien erwachsen, mit einer Ausweitung der Erzeugung von „Deutschen Wermut“ ist ein nachhaltiger Rückgang des Weinkontingents zu befürchten, da dieses wermuthaltige Weinweingetränk Geschmacksspezifisch weicht, die vom Trinken nicht erfüllt werden können und wollen. Dem italienischen seit Jahrhunderten kultivierten Originalwermut gegenüber haben solche Bedenken nach Ansicht von Fachkreisen nicht diese Bedeutung.

Im übrigen sehen Weinzeuger und -händler, ebenso wie die Spirituosenindustrie, einen verstärkten Wettbewerb des Bieres entgegen, sobald die Biersteuererhöhung in Kraft tritt. Im Gegensatz zur Spirituosenindustrie aber kann der Wein- und -handel nicht aus einem Beschluß des Fiskus eine Entlastung seiner Wettbewerbsituation erwarten. Für ihn wird es darauf ankommen, sehr scharf zu kalkulieren, gut zu werden — d. h. in erster Linie Verbrauchererträge zu befriedigen — und evtl. den kleinen Vorteil auszunutzen, der sich mit dem Fortfall der Importzollgebühren einstellt.

## Englands Tugend: Anpassungsfähigkeit

### Professor Bonn über Vollbeschäftigung als Ziel der britischen Wirtschaftspolitik

In einem Vortrag vor dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin am 2. Juli bezeichnete Professor Dr. Bonn, London, die Vollbeschäftigung als das zentrale Problem der britischen Wirtschaftspolitik.

Die außerordentliche Komplexität, die die britische Versuche auf diesem Feld kennzeichnet, wird durch die Art dieses Problems, daß zwar die Vollbeschäftigung immer nur als Ergebnis einer intelligent geführten Wirtschaftspolitik in Erscheinung tritt, voraus jedoch nicht folgt, daß die Umkehrung dieser Behauptung zu Recht besteht.

Die britische Arbeitspartei, die nach dem Krieg plötzlich vor die Regierungsverantwortung gestellt wurde, habe sich einer Fülle von außerordentlichen Schwierigkeiten gegenüber gesehen. England habe durch den Krieg etwa ein Drittel seines heimischen Kapitals verloren. Die englische Wirtschaft sei zur Zeit in einer Krise, die die Regierung der Kriegsschäden und den Ausgleich in der Handelsbilanz bisher nicht habe erlösen können. Ein schwieriges Problem werde sich auch hinter den 2,5 Mrd. Pfund einwirkend-

nen Kredit, über die eine Reihe Länder infolge von Warenlieferungen während der Kriegszeit in London verfügen. Es sei eine Belastung der Außenhandelsbilanz, diese Schulden durch Kapitalabzug zu decken, die man dringend auf den Devisenmarkt für jede Ausfuhrlieferung angewiesen sei.

Bonn wies auf die radikale Arbeitsbeschäftigungspolitik hin, die die Gefahr einer Arbeitslosigkeit heraufbeschworen könnten. Die Lösung des Problems werde in England durchweg völlig hingenommen. Hingekomme die Politik des Schatzkanzlers Cripps, durch scharfe Besteuerung überschüssiges Geld abzuschöpfen. Diese Steuern würden nicht zur Tilgung von Schulden, sondern für Zwecke der Sozialgesetzgebung verwendet. Für diese Finanzpolitik habe man in England den Begriff „Disinflation“ geschaffen. Die Regierung habe die Ansicht, daß die Gewerkschaften sich bisher an den Lohnstopps hielten und daß wirtschaftsführenden Betrieben verweigert würden. Auch der Dividendenstopp liege in der Linie dieser Finanzpolitik. Die Investitionsrate sei infolge mangelnden Kapitals daher viel zu niedrig.

Die Devaluierung des Pfundes im vergangenen Jahr bezeichnete Bonn als einen Fehlschlag. Die Maßnahme sei eher ein generelles als die Folge einer Pauperisierung. Die Abwertung des Pfundes bedeute eine Erhöhung des Kaufkrafts für den Dollar, eine Maßnahme, die sich für das Einfuhrland England ungünstig auswirken müsse. Das für das Ausland überhöht bleibe, die Preisniveau werde und das daraus folgende hartnäckige Gerüchte über eine bevorstehende Devaluierung hätten jedoch den Schatzkanzler im vergangenen Jahr zu der Maßnahme der Abwertung veranlaßt.

Die Dollarknappheit bezeichnete Bonn als ein Zentralproblem Englands, das man richtiger Mängel an im Dollarraum abgesetzten Waren nennen könne. Die Besetzung des Außenhandelsdefizits sei unerlässlich, es sei jedoch bei dem Ablauf des Marshallplans 1952 erreicht werden könne, sei sehr fraglich.

Die Erhöhung des Lebensstandards sei das grundlegende Ziel der Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung. Bonn verwies jedoch darauf, daß der Lebensstandard die Konsequenz der Wirtschaftspolitik sei und daß auch hier die Konkurrenz nicht ohne Mehraufwand der Wirtschaft zu erreichen.

Prof. Bonn wies wiederholt darauf hin, wie widerspruchsvoll die britische Wirtschaftspolitik in manchen wesentlichen Punkten erscheine. Die höchste Tugend der Briten sei ihre Anpassungsfähigkeit an die gegebenen Situationen, nicht selten unter Verzicht auf die Berücksichtigung langfristiger Grundbedürfnisse. In England lasse man sich einmal 3 mal 2 gleich 5 sein.

**Erweiterung der britischen Freiliste**

Das britische Handelsamt macht bekannt, daß von 10. Juli an Geflügel, Fahrzeugabhängiger (insgesamten Antriebsmotor für bestimmte Motorfahrzeuge) und Artikel aus Glimmer zusätzlich auf die Liste der Waren gesetzt werden wird, die ohne Einfuhrbeschränkungen aus den gewöhnlichen Liberalisierungs-ländern eingeführt werden können. Zu den Liberalisierungs-ländern gehören Dänemark, Norwegen und Schweden, jedoch noch nicht Westindien.

**Warenlieferungen der Schweiz nach Australien**

Die Schweiz wird im laufenden Jahre Waren im Werte von 37 Mill. sfr. nach Australien senden, wird offiziell bekanntgegeben. Auf der Liste der Ausfuhrwaren stehen Maschinen für 18,5 Instrumente, Apparate und Werkzeuge für 1,8, Uhren für 0,8, Textilien für 1,2, Chemikalien für 2,8, Eisen für 0,2 und andere Waren für 1,8 Mill. sfr.

und der Preisbildungsvorschriften andererseits ergeben dürfte.

**Die Südtiroler Weinbauern warten auf deutsche Käufer**

Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird in Südtirol Weinbau betrieben und schon die Römer wußten den „Rätischen Wein“ hoch zu schätzen. Südtiroler Wein ist in ganz Europa geschätzt und Südtirol gehört in dem weinreichen Italien zu den wichtigsten Weinexportprovinzen. Etwa 30 Prozent der aus Italien ausgeführten Weinmenge entfallen auf Südtiroler Weine und viele kleine Weinbauern im Eisacktal, im Eisacktal bis Salurn — es sei nur an Terlan, Eppan, Kaltern, St. Magdalena, Tramin erwähnt — sind durch ihre Exporteure weitberühmt geworden. Von der Meraner Kurtrabrenn zu schweizer Siedebauernbauern Gemeinden zählt man in Südtirol, auf 600 Hektar Weinbaufläche wachsen 80 Millionen Rebstöcke und liefern jährlich durchschnittlich 600.000 dt Trauben oder 400.000 Hektoliter Maische, woraus 400.000 Hektoliter Wein (1/2 Rot- und 1/2 Weißwein) gewonnen werden. Etwa 150.000 Hektoliter Wein bleiben im Lande selbst, aber 250.000 bis 320.000 Hektoliter werden ausgedestilliert. Der Wert der Südtiroler Weine wird auf 2,5 bis 4 Millionen Lire im Jahr geschätzt und somit ist es kein Wunder, daß Wein und Obst (nachdem das Südtiroler Holz zum allergrößten Teil in Italien bleibt) die wichtigsten Exportgüter Südtirols sind.

Die Kultur des Weinbaus und die Behandlung des Weines stellen in Südtirol auf Grund der jahrtausendlichen Erfahrungen, aber auch gepaart mit den neuesten Erkenntnissen der Rebläuterung und der modernen Ertragssteigerung der Maschinentechnik und Kellerwirtschaft auf einer sehr hohen Stufe und verbürgen die hohe Qualität der Südtiroler Weine. Neben den — oftmals seit vielen Jahrhunderten bestehenden — großen Handelskellereien der Großhändler (die sich vor der Jahrhundertwende zu einem Verband zusammengeschlossen haben) — stehen die nicht minder wichtigen Kellereien der selbständigen Südtiroler Kleinwinzer. In deren Kellern wird ein Drittel der Jahreserzeugung gelagert werden können. Außerdem verfügen auch viele Weinbauern über eigene Keller, die allen Anforderungen gewachsen sind.

Der Gesamtexport der Weinernte entfällt etwa 60 Prozent auf Italien und Hektoliters, spritzig-süßes, milde, bessere Ausbackweine mit 9,5 bis 11,5 Prozent Alkoholgehalt, und 40 Prozent auf die Edelweine. Beide Weinkategorien haben ihre Liebhaber im Lande selbst wie im Ausland. Vor dem Krieg exportierte Südtirol sehr bedeutende Mengen Wein nach Österreich und Deutschland, letzteres nahm durchschnittlich bis zu 100.000 Hektoliter Konsumweine — vorwiegend für die westlichen Bundesländer — ab, während Deutschland gleichfalls zwischen 70.000 und 100.000 Hektoliter Wein aus Südtirol bezog. Auch die Schweiz war immer schon ein wichtiger Käufer für Südtiroler Weine, vor allem verlangt man dort die Spitzenweine. Während der Weineexport nach Österreich und Deutschland durch das Nachkriegschaos schwer gelitten hat und stark zurückgegangen ist, hat sich die Stellung der Schweiz als Weinkäufer in Südtirol ganz bedeutend gehoben; sie steht heute weit aus der ersten Reihe.

Der Weineexport aus Südtirol zeigte in den letzten zwei Jahren folgendes Bild: 1948 wurden 133.876 Hektoliter Wein exportiert, 1949 bereits wieder 168.959 Hektoliter. Von dem Export des Jahres 1949 entfielen 134.647 Hektoliter auf die Schweiz, 170 Hektoliter auf Deutschland, 4382 Hektoliter auf Österreich, 248 Hektoliter auf Norwegen, 111 Hektoliter auf Dänemark und 1 Hektoliter auf Belgien.

Das Bestreben Südtirols geht dahin, das verlorene Absatzgebiet in Deutschland und Österreich möglichst zurückzuerobieren. Gewisse Erfolge konnten bei diesen Bemühungen bereits erzielt werden. So wird im Rahmen der Sonderabkommen zwischen dem Trentino-Tiroler Eisacktal und Nordtirol-Vorarlberg Südtiroler Wein für 180 Mill. Lire, d. h. ungefähr 23.000 Hektoliter, nach Nordtirol-Vorarlberg verkauft. Das ist allerdings erst etwa ein Fünftel der Weinmenge, die Österreich vor dem Krieg aus Südtirol bezog.

Große Hoffnungen setzt man aber auch auf den deutschen Weinmarkt, der durch die Zerrichtung der alten Geschäftsbeziehungen nach dem Krieg fast ganz verlorengegangen ist. Auf der diesjährigen Frankfurter Frühjahrsmesse hatte eine Kollektivschau von 16 Handelskellereien und 10 Genossenschaftskellereien aus Südtirol großen Erfolg.

## Kartellgesetze und ihre Pannen

### Am Beispiel Österreichs und Frankreichs illustriert

verbesserungen verändert oder gehoben werden können.

Ob eine Vereinbarung gegen das Kartellgesetz verstößt, soll im Zweifelsfall durch eine Kartellkommission entschieden werden, die beim Handelsministerium gebildet werden soll oder der je 4 Vertreter der Wirtschaftskammer, der Landwirtschaftskammer, der Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbünde angehören sollen. Der Geschäftsvorfall soll Strafen bis zu fünf Jahren Kerker und 500.000 Schilling Geldstrafe vor.

Der Geschäftsvorfall wird wegen seiner weitgehenden Bedeutung, der vielen Kartellbegriffe und vielschichtigen Auslegungsmöglichkeiten, vor allem aber, weil er die bedeutende verstaatlichte Industrie in Österreich nicht einbezieht, die sehr starke Tendenzen zu kartellähnlichen Bestrebungen zeigt, stark angelehnt.

Das von französischer Ministerrat Ende März angenommene Antikartellgesetz ist jetzt, nach seiner Beratung durch das Parlament, von französischen nationalen Wirtschaftler, der aus Vertretern der Industrie, des Handels und der Gewerkschaften zusammengesetzt ist, mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Die Ablehnung erfolgte, weil

## Rekordumsatz von Unilever

Die Unilever-Gruppe erzielte im Jahre 1949 nach dem sechsten veröffentlichten Geschäftsbericht einen Rekordumsatz von 800 Mill. Pfund Sterling, gegenüber 618 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1948. Dies sei vornehmlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Zum erstmalig seit Kriegsende wurde, in die Bilanz auch die westdeutschen und österreichischen Beteiligungen wieder einbezogen;
2. der Umsatz ist mengenmäßig gestiegen;
3. die Pfund-Sterling-Abwertung hat zu einer Wertberhöhung der Bilanzzahlen geführt.

Seit dem letzten Vorkriegsjahr ist der Umsatz von 230 Mill. Pfund Sterling auf 801 Mill. gestiegen, das Kapital hat sich indessen nur von 170 auf 273 Mill. Pfund Sterling erhöht. Allerdings habe sich in der Zwischenzeit eine Wertumwertung vollzogen und, solange das System von Regierungsgeldscheinen in Kraft bleibe, seien die Wertminderungen der Unilever-Gruppe als nicht zu unterschätzen. Trotzdem sind die finanziellen Mittel der Gruppe nahezu aufgebraucht. Die niederländische Konzern-Gruppe habe bereits neues Kapital aufgenommen. Die westdeutschen Tochtergesellschaften der Unilever-Gruppe arbeiteten weitgehend mit kurzfristigen Bankkrediten. Unter diesen Umständen sei auch für die britische Konzern-Gruppe der Zeitpunkt gekommen, wo sie die Aufnahme neuen Kapitals ablehnen müßte. Die Vorräte der Unilever-Gruppe stiegen von 97 Mill. Pfund Sterling auf 122 Mill. Pfund Sterling. Sollte die britische Regierung ihre Handelspolitik für eigene Rechnung einstellen, dann sei mit einer weiteren Zunahme der Vorräte um 15 Prozent zu rechnen.

Die Produktion der Gruppe konnte im allgemeinen während des Jahres 1949 gesteigert werden, wobei allerdings eine Verhäufung der Konkurrenz festzustellen war. Trotzdem konnte Unilever im großen und ganzen seine Position nicht nur halten, sondern sie teilweise festigen. Der Ausbau der Erzeugung von synthetischen Lösungsmitteln und Kosmetika in den Vereinigten Staaten wird auch im Jahre 1950 noch keinen Gewinn lassen, sondern einen Verlust ausweisen. Die Verluste des Unternehmens in den Vereinigten Staaten seien im ganzen jedoch zu einem stillstand gekommen. Die amerikanische Tochtergesellschaft habe den Zeitverlust bei der Herstellung synthetischer Lösungsmittel nicht wettmachen können, was sehr viel Geld kostet hätte. Heute könne jedoch festgestellt werden, daß die inzwischen eingeleiteten Schritte zufriedenstellende Ergebnisse zeitigen dürften.

Zur Entwicklung der Weltgewinnung von Öl und Fett führt der Geschäftsbericht von Unilever aus, daß mengenmäßig der Vorkriegsumsatz erreicht werden konnte, daß jedoch infolge der Bevölkerungszunahme die Erzeugung je Kopf noch um 10 Prozent unter dem Vorkriegsstand zurückgeblieben ist. Unilever veranlaßte vor dem Krieg 9 Prozent der Weltgewinnung von Öl und Fett, im Jahre 1949 nur 7,3 Prozent, im Jahre 1948 schon wieder 9,3 Prozent.

Der entscheidende Faktor für die Entwicklung der internationalen Märkte für Öl und Fett sei im vergangenen Jahre das Wiederaufleben westdeutscher Käufe als Käufer von großer Bedeutung gewesen, rief der Bericht abschließend fest. Trotzdem habe der westdeutsche Fettverbrauch je Kopf der Bevölkerung erst 75 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht, so daß die westdeutschen Käufe in dem Bestreben, die Fettliche zu schließen, auch noch für einige Zeit marktbestimmend sein dürften.

## Mexiko hofft auf größeren Europa-Handel

Die gegenwärtige Reise einer mexikanischen Handelsdelegation durch die wichtigsten Zentren Europas wird in der mexikanischen Presse und in Gesprächen mit Regierungsbeamten mit der Hoffnung verknüpft, daß es gelingen möge, die Grundlagen für eine dauerhafte Erweiterung des mexikanischen Handels mit Europa zu schaffen. Es wird betont, daß Mexiko in der Lage sei, große Mengen von Baumwolle, Zucker, Reis, Mineralöl, Kaffee, Sisal, Kichererbsen, Früchte und verschiedene Fertigerwaren zu liefern, während es auf der anderen Seite bereit ist, Maschinen aller Typen, Fabren, Werkzeuge, Chemikalien, verschiedene Lebensmittel und landwirtschaftliche Maschinen mit Weizen abzunehmen. Außerdem besteht lebhaftes Interesse für Automobile und die Regierung hat auch bereits die Genehmigung für die Errichtung von Werksstätten zur Zusammenbauung europäischer Wagen erteilt. Von seinen hervorragenden Nationalökonomien wird die Ansicht vertreten, daß im Laufe eines Jahres der Handel zwischen Mexiko und Amerika um 25 % anwachsen werde, wenn es der Europa-Delegation Mexiko gelingt, die geplanten Verbindungen im Jahre 1950 im Rahmen der USA von dem mexikanischen Export von 3,3 Milliarden Pesos 75 % ab und von der mexikanischen Einfuhr von 3,1 Milliarden Pesos stammten 87 % aus den USA.

### Montagebau für Opel- und Goliath-Wagen in Mexiko

Opel- und Goliath-Wagen werden in diesem Jahre neben Austin, Rover, Talca und dem britischen Ford-Wagen zum ersten Male im Montagebau in Mexiko gebaut werden. In gleicher Weise werden Veauxhall-, Hillman-, Minx-, Dyna-Panhard- und Chrysler-Wagen in Mexiko hergestellt werden. Die mexikanische Regierung hat im laufenden Fiskaljahr für 27.000 PKW und LKW gegenüber 18.100 Einheiten im vorangegangenen Fiskaljahr den Montagebau freigegeben. Die Zunahme entfällt in erster Linie auf europäische PKW-Typen und US-LKW-Typen. Diese Aufhebung hat bei den Montagewerken für amerikanische PKW eine große Entlastung ausgeübt, da ihre Leistungskapazität bei weitem nicht ausgenutzt wird. Bereits bestehende Montagewerke haben sich um größere Quoten bemüht, insbesondere für die relativ billigen Automobil-Typen wie Chevrolet, Dodge und die amerikanischen Ford. Die mexikanische Regierung hat jedoch absichtlich den europäischen Wagenotypen eine Wettbewerbsmöglichkeit in Mexiko geben wollen, insbesondere denen, die mit etwa 15.000 Pesos gegenüber 22.000 Pesos für die billigsten Ford- und Chevrolet-Modelle verkauft werden. Die Regierung gibt, daß auf diese Weise die Autosellpreise ganz allgemein niedriger werden.

delegation waren auf etwa 10 Tage unterbrochen und sind nunmehr wieder aufgenommen worden. In der Zwischenzeit haben Mitglieder der Delegation eine größere Anzahl von Betrieben in Mexiko im Hinblick auf den Export von Waren und die daraus resultierenden Vorteile untersucht. Der Leiter der mexikanischen Delegation, Generaldirektor Carlos Negrete, wird in diesen Tagen ebenfalls von Paris zurückkehren. Die gegenwärtigen Beratungen haben die Aufhebung der Warenlisten zum Gegenstand. Die ebenfalls für einige Zeit unterbrochenen Zahlungsverkehrsverhandlungen haben sich in ihrer ersten Phase wie erwartet, dadurch etwas schwierig gestaltet, daß Mexiko Silber für die Ausprägung von Münzen der Bundesrepublik zu liefern wünscht. Diese Anforderung nicht ohne weiteres akzeptieren zu können. Auch hier dürften nach Rücksicht der mexikanischen Delegationsführer neue Besprechungen zu erwarten sein.

**Deutsch-mexikanische Verhandlungen**

Die am 16. 8. eröffneten Besprechungen im Bundeswirtschaftsministerium mit einer mexikanischen Handels-

# Regionale Verlagerung im schwedischen Außenhandel

Die geographische Verteilung im schwedischen Außenhandel im Januar bis April gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zeigt nach den wichtigsten Ländern und Ländergruppen das folgende Bild in Mill. sKr.:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Jan. — April 1950	Jan. — April 1949	Jan. — April 1950	Jan. — April 1949
Insgesamt:	1432 1737	1184 1563	1422 1737	1184 1563
Europa:	901 1144	871 1107	901 1144	871 1107
Gründerstaaten:	322 388	181 228	322 388	181 228
Dänemark, Finnland, Norwegen, Island:	113 104	217 286	113 104	217 286
Frankreich:	53 106	39 74	53 106	39 74
Belgien:	166 126	113 126	166 126	113 126
Italien:	60 62	48 51	60 62	48 51
Spanien:	22 25	10 14	22 25	10 14
Westdeutschl.:	88 170	84 105	88 170	84 105
Schweden:	36 18	18 24	36 18	18 24
Polen:	117 84	48 67	117 84	48 67
Tschechoslowakei:	22 24	24 29	22 24	24 29
UdSSR:	2 2	23 20	2 2	23 20
Jugoslaw. Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Türkei, Iran:	5 7	14 4	5 7	14 4
Amerika:	287 378	157 228	287 378	157 228
davon:				
Ver. Staaten:	137 177	53 97	137 177	53 97
Argentinien:	41 30	21 17	41 30	21 17
Brasilien:	34 41	38 30	34 41	38 30
Afrika:	78 73	37 41	78 73	37 41
Asien:	90 82	37 41	90 82	37 41
Australien:	20 18	36 24	20 18	36 24

## Ausweitung des Außenhandels im Mai

Im schwedischen Außenhandel hat im Mai die Expansion weitere Fortschritte gemacht, bedingt teilweise durch die Einfuhrerleichterung, zum anderen aber auch durch die unverändert günstige Exportkonjunktur für Holz, Edelmetalle, Papier sowie industrielle Qualitätsprodukte.

Der Import zing im Mai auf 631 Mill. sKr. gegenüber 472 Mill. sKr. im April, der Export auf 458 Mill. sKr. gegenüber 398 Mill. sKr. In beiden Fällen sind damit die besonders hohen Umsatzziffern des Rekordjahres 1947 fast wieder erreicht worden. In den ersten fünf Monaten betrug die schwedische Einfuhr hiernach 2223,3 Mill. sKr. gegenüber nur 1744,6 Mill. sKr. im gleichen Vorjahreszeitraum, der Export zing auf 2241,4 Mill. sKr. gegen 1537,7 Mill. sKr., so daß sich gegenüber 1949 der Einfuhrüberschuß von 277 Mill. sKr. auf 107 Mill. sKr. verringert hat.

## Schwedens Einfuhr (in t, soweit nicht anders angegeben)

	Jan. 1950	Jan. 1949
Apfelsinen:	9 100	1 007
Bananen:	1 720	431
Kaffee, ungeröstet:	2 100	2 073
Malz:	9 476	20 073
Weizen:	8 024	—
Kopra:	1 068	824
Kaschubian:	228	624
Watt (im Pack):	478	730
Tafelk:	480	394
Stärke (1000 t):	385	271
Kaka (1000 t):	38	100
Metalle u. Erzeugnisse:	34 227	30 629
Metalle (1000 t):	102	79
Wolle:	1 084	1 307
Baumwolle:	1 070	1 543
Textilien:	204	620
Metalle:	0 781	620
Silber (warme Gewicht):	13 884	19 190
Kupfer:	4 787	5 868

Personenfahrzeuge (Stück): 5 211 500  
Landwirtschaftsmaschinen (Stück): 207 302  
Motorkraftwagen (Stück): 1 074 147  
Taschenuhren (Stück): 31 701 11 128  
Maschinen (Mill. sKr.): 21,8 27,3  
Textilien aller Art (Mill. sKr.): 37,1 43,9  
Textilien aller Art (Mill. sKr.): 80,3 62,1

Schwedens A u f f u h r (in Mill. sKr., soweit nicht anders angegeben)

	Jan. 1950	Jan. 1949
Eisenwaren (1000 t):	13,9	11,8
Holz:	45,8	21,8
Zellulose u. Papier:	148,5	123,0
Stahl und Eisen:	48,9	44,3
Maschinen:	19,1	11,9
Metalle:	2,3	2,1
Edelmetalle:	7,74	4,3
Edelsteine:	2,03	1,3
Pumpen u. Kälteanlagen:	2,68	2,4
Elektromotoren:	1,19	1,3
Stromaggregate:	1,27	1,2
Aktuarientoren:	1,94	1,9
Werkzeuge:	2,59	2,7
Personenfahrzeuge (Stück):	62	26
Landwirtschaftsmaschinen (Stück):	25	26
Fahrerlose (Stück):	101	26
Federbetten (Stück):	880	284
Schreib- und Rechenmaschinen:	1,30	1,5
Handelschiffe:	11,15	10,3

## Eingeschränkter Außenhandelsverkehr zwischen Schweden und Ostzone

Am 1. Juli 1950 ist zwischen Schweden und der deutschen Ostzone ein vertraglicher Zustand eingetreten. Wie wir aus Finanzkreisen erfahren, könnten Geschäfte mit der deutschen Ostzone nur noch abgeschlossen werden unter der Voraussetzung, daß die Bezahlung sichergestellt ist. Praktisch bedeutet das, daß nur noch Kompensationsgeschäfte möglich sind. Die auf schwedisch-seitigen Clearingkonten einbehaltenen Mittel dürfen nur noch verwendet werden für Geschäfte, die bereits vereinbart, aber noch nicht vollständig abgewickelt worden sind. Der auf diesem Konto stehende Betrag soll innerhalb von drei Monaten verwendet werden. Besprechungen über eine Erneuerung des Vertragsverhältnisses zwischen Schweden und Ostzone scheinen nach der Zeit vorliegenden Informationen zunächst nicht vorgesehen zu sein.

# Auslandsbörsen

Die europäische Zahlungsunion (EPU) ist eine Realität. Das ist das Ergebnis der Beratungen der bevollmächtigten Minister der 15 Mitgliedsländer der OEEC am Freitag, dem 7. Juli, dem zweiten Tage ihrer Sitzung in Paris. Über die Einzelheiten des sehr komplizierten Vertragswerks wird erst im nächsten Monat eine Veröffentlichung unterrichtet. Doch kann vorweg genommen werden, daß, ebenso, ein einheitlicher Zahlungsmechanismus innerhalb der Teilnehmerländer entsteht, der einen ersten Anstoß zu allseitiger Verwendung der Währungen ermöglicht, und daß, zweitens, Hand in Hand damit eine Erleichterung des Warenverkehrs und des Zahlungsverkehrs einleitet werden wird. Die Verrechnungsgrundlage ist Gold, das zu der Verrechnung in ein bestimmtes Verhältnis gesetzt werden soll. Hierin dürfte eine Sicherung gegen eine gewisse Dollarabwertung gegeben sein. Die Teilnehmerländer sollen 15 Tage nach der Unterzeichnung des EPU-Vertrages ihre jeweiligen Beiträge im Handelsverhältnis festlegen. Die Teilnehmerländer sollen 15 Tage nach der Unterzeichnung des EPU-Vertrages ihre jeweiligen Beiträge im Handelsverhältnis festlegen. Die Teilnehmerländer sollen 15 Tage nach der Unterzeichnung des EPU-Vertrages ihre jeweiligen Beiträge im Handelsverhältnis festlegen.

## 18 Mill. sKr. schwedische Aktien nach Großbritannien

500 000 Aktien der britischen Tochtergesellschaft des Telefonkonzerns Ericsson Telephones Ltd. sind von Schweden nach Großbritannien in den letzten Wochen verkauft worden. Das ist die bedeutendste Finanztransaktion seit Einführung der schwedisch-britischen Direktverrechnungen. Der größte Teil erzielte auf Befehlungen des Konzerns an dem britischen Unternehmen. Bei einem gegenwärtigen Kurs von 45 sh 6 d je Aktie entspricht der Verkauf einem Wert von circa 18 Mill. sKr.

## Nordeuropäische Bedenken gegen europäische Zahlungsunion

Norges Handels- und Seefahrtsdepartement kommentiert den Anschluß Norwegens an die europäische Zahlungsunion mit einiger Skepsis. Das Blatt weist darauf hin, daß für Norwegen die wesentliche Behinderung für einen vorbehaltlosen Anschluß darin besteht, daß die Zahlungsbilanz mit dem Ausland völlig aus dem Gleichgewicht gekommen und daß außerdem eine Erhöhung des schwedischen Imports und Verbrauchs unumgänglich ist. Dazu kommt, daß der Anschluß die volle Wettbewerbsfähigkeit der norwegischen Exportgewerbe voraussetzt, und daß dies wiederum eine Vergrößerung der industriellen Produktion bedingt, um die Exportierelastizität und dadurch die Bilanz gegenüber dem Ausland ins Gleichgewicht bringen zu können. Der Anschluß Norwegens werde an die nordische Wirtschaft sehr große Antriebe an die Anpassung bzw. an die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik stellen, schreibt die maßgebende norwegische Zeitung abschließend. Auch in diesem Zusammenhang ist die Tatsache zu erwähnen, daß die schwedische Erholung von dem wirtschaftlichen Niedergang des Jahres 1949 zu einer ähnlichen Entlassung führen könne, wie die Erholung des Jahres 1948 nach dem Niedergang von 1947.

# Italiens Export steigt in den ersten 4 Monaten 1950

Nach den vom Statistischen Zentralamt in Rom veröffentlichten Ziffern zeigen die italienischen Einfuhr- und Ausfuhrziffern in den ersten 4 Monaten 1950 einen Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (in Mill. Dollar):

	Vorjahreszeitraum		gegen 1949	
	Jan.-Apr. 1950	Jan.-Apr. 1949	1950	1949
Einfuhren:	478,3	541,6	-11,7%	
Ausfuhren:	347,6	378,2	6,1%	
Einfuhrüberschuß:	130,7	163,4		

Nach vorläufigen Ziffern erreichte die Einfuhr im Mai einen Wert von 111 Mill. Dollar, die Ausfuhr von 103 Mill. Dollar.

Das neue italienische Zollregime soll nach einer Erklärung des italienischen Finanzministers Vanoni endgültig am 15. Juli in Kraft treten. Nach Genehmigung durch den Ministerrat werden die neuen Tarife vorbehaltlich nachträglicher Änderungen und Ergänzungen gegen Ende dieser Woche dem einzelnen Zollleitern mitgeteilt werden. Der italienische Handelsverband hat die italienische Regierung in einer Eingabe dringend davor gewarnt, den neuen Tarif in der beschriebenen Form in Kraft zu setzen. Der Verband schlägt verschiedene Änderungen und eine teilweise Verschiebung der neuen Tarife auf einen späteren Zeitpunkt vor. In aufregenden Kreisen des italienischen Außenhandels befürchtet man schlimme Rückwirkungen für Italien. Ein- und Ausfuhr. Man sieht sich für den inneren Markt „erhebliche Gleichgewichtserlösen“ voraus.

## Fransösisches Komitee für Wirtschaftsbeziehungen mit Rotchina

Der vor einem Monat gebildete Ausschuss für die französisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen hat nunmehr seine Tätigkeit begonnen und bereits Fühlung mit Wirtschaftskreisen in Peking, der Hauptstadt Chinas, genommen. Der Handel mit China hat bei weitem noch nicht das Verlangensniveau erreicht. Die Einfuhren Frankreichs beliefen sich im Gesamtjahr 1949 auf 1,5 Milliarden Frs., die Ausfuhren auf 727 Mill. Frs. Frankreichs bemüht sich gegenwärtig um Abschlüsse für Eisenbahnmaterial, Stahl und Maschinen sowie für Kolonialprodukte wie Reis, weizes es vor allem Tee für seine nordafrikanischen Gebiete auszuverkaufen hofft. Einige geringe Abschlüsse für Stoffe und Laboratoriumsapparaturen sollen bereits getätigt worden sein.

## Indische Einfuhrziffern für Rasierklingen und NE-Metalle

Die Lizenzierung für die Einfuhr von Rasierklingen für die Zeit vom Juli bis Dezember 1950 erfolgt auf der Grundlage eines Kontingents von 136 Prozent der Hälfte des Imports im besten Jahr anstatt der bisher festgesetzten 80 Prozent nach dem am 15. Juni veröffentlichten Plan. Es werden auch Antragsteller berücksichtigt, die bisher diesen Artikel noch nicht eingeführt hatten. Nicht weniger als 2000 Anträge für die Einfuhr von NE-Metallen für die Zeit vom Januar bis Juni 1950 sollen nach dem Grundgesetz behandelt werden, die für die Zeit vom Juli bis Dezember 1950 festgelegt worden sind.

## Neuer Produktionshöchststand in den USA

Der Index der industriellen Produktion der USA der im Mai dieses Jahres auf 193 (1939=100) anstieg, wird nach einer vorläufigen Berechnung der Federal Reserve Bank im Juni voraussichtlich den absoluten Höchststand seit dem Jahre 1929 übersteigen. Die Produktionszunahme umfaßt vor allem Investitionsgüter wie Stahl und Hüttenmaterialien, sowie dauerhafte Verbrauchsgüter, wie z.B. Kraftfahrzeuge.

## „Mängel“ der ungarischen Industrie

Auf der kürzlich abgeschlossenen Tagung des Zentralkomitees der „Partei der Werktätigen Ungarns“ betonte sich der Präsident des Volkswirtschaftsrates eingehend mit verschiedenen „Fehlern und Mängeln“, die der verstaatlichten Industrie und dem Export anhaften. An sinnesin Stellen wurde die Planwirtschaft zu lax aufgefaßt, es komme immer wieder vor, daß Unternehmungen außerhalb des Plans, ohne Genehmigung und unautorisiert Millionenbeträge investieren. Besondere Verstöße in Richtung auf Mängel im Außenhandel. Der Außenhandel habe in den ersten 4 Monaten 1950 außerordentlich zugenommen, doch entfielen nicht weniger als 50% auf Zunahme

## Metal-Streiflichter

### Norwegen steigert Aluminiumerzeugung

Die Aluminiumerzeugung Norwegens wird im laufenden Jahr etwa 48 000 t nach englischen Angaben erreichen. Sie belief sich 1949 auf nur 35 000 t. Sie war im letzten Kriegsjahr 1945 auf 20 000 t gefallen, hat sich aber seitdem weit über den Vorkriegsstand erhöht, der 1939 20 000 t betrug. Nach Angaben der Leitung der Norsk Aluminium Co. ist damit zu rechnen, daß die Erzeugung in Körze etwa 90 000 t im Jahr erreichen wird. Natürlich kann Norwegen eine so hohe Erzeugung nicht selbst verbrauchen. Man hofft, etwa 30 000 bis 40 000 t im Jahr nach den anderen skandinavischen Ländern exportieren zu können. Unter anderem ist ein Ausbau der Gewinnungsanlagen der Nordisk Aluminium Industry in Holmenstad geplant. Die Nordisk Aluminium ist eine Tochtergesellschaft der Norsk Aluminium Co. Die Errichtung einer weiteren großen Gewinnungsanlage ist im Sommer dieses Jahres geplant. Zum Ausbau der norwegischen Aluminiumindustrie hat nicht zuletzt die Errichtung von Produktionsanlagen durch Deutschland während des Krieges beigetragen. Wenn die norwegischen Pläne durchgeführt werden, könnten sich möglicherweise bei dem geringen Eigenverbrauch des Landes für die Folge Absatzschwierigkeiten ergeben, denn Norwegen ist nicht der einzige europäische Hersteller, der in der Nachkriegszeit besteht ist, seine Aluminiumproduktion zu steigern. Aber vielleicht werden sich die norwegischen Pläne in die von der OEEC geplante europäische Aluminium-Union einfügen lassen. Zumindest hat Norwegen den Vorteil einer ausreichenden Versorgung mit der notwendigen billigerelektrischen Energie.

### Belgisch-Kongo als Manganerzeuger

Die verpolitischen Spannungen, die die Vereinigten Staaten veranlaßt haben, sich als Ersatz für die bisher bezogenen belgischen Manganerze nach anderen Lieferquellen umzusehen, haben das Interesse für die Manganerze Belgisch-Kongos erneut wach werden lassen. Im Jahre 1937 wurden bereits überschüssig im Katangagebiet auch Manganerzorkommen entdeckt, und ein bei Kaselele, westlich von Miamboi, lagender Erzkörper wurde auf eine Reserve von etwa 200 000 t geschätzt mit Gehalten zwischen 50 und 54 Proz. Mn. Man begann mit der Förderung im Jahre 1937 und wolle monatlich 5000 t gewinnen. Nach einer kurzen Betriebsperiode wurde die Förderung aber wie-

## PARIS: eher freundlich

Trotz des depressierenden Faktors, die in Vielzahl vorhanden waren, zeigte die Pariser Börse während eines bemerkenswerten großen Wertanstiegs. Schließlich waren es hier nicht nur die Sorgen über die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Korea-Konflikts und die Befürchtungen, daß er sich ausweiten könnte, die auf das Börsengeschehen drückten, sondern auch die französische Regierungskrise, die nun schon über eine Woche andauert, trug nicht gerade dazu bei, das Kaufinteresse zu beleben. Eine gute Abregung erfuhr dagegen Paris von der deutschen Haltung der Londoner Börse und aus der sich in New York zu Anfang des Berichtes abzeichnete abnehmende Erholung. Naturgemäß wirkte sich dies vor allem auf die nach diesen beiden Plätzen hin orientierten ausländischen Werte aus, aber auch die inländischen Titel konnten hiervon profitieren. Es darf außerdem nicht verkant werden, daß ein ausgeprägter Verkaufsdruck kaum zu spüren war. Gewisse Verunsicherungen, speziell nur

## Südafrika führt in der Manganereinfuhr der USA

Nach Angaben des US Bureau of Mines über die Manganereinfuhren der USA im ersten Quartal 1950 führt die Südafrikanische Union mit 121 310 t. Das sind rund 35 Prozent der Gesamteinfuhren, die im sinnesin wie folgt aufgliedert werden:

Angola:	5 900
Belgisch-Kongo:	4 082
Brasilien:	30 040
Chile:	342
Kuba:	24 078
Goldküste:	71 790
Griechenland:	440
Indien:	180 877
Mexiko:	5 532
Philippinen:	504
Türkei:	1 070
Südafrikan. Union:	121 219
Sowjetunion:	6 522
Insgesamt:	391 860

## Europäischer Schritt für die USA

Aus London berichtet das „Metal Bulletin“, daß die USA größere Mengen europäischen Schrotts als Preis, die wesentlich unter den amerikanischen Höchstleistungen liegen, erwerben haben. Wie verläuft, handelt es sich um etwa 200 000 t.

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

1 \$ USA:	4,22/24
1 £ England:	10,60/11
100 Fr. Frankreich:	7,15/18
100 sfr. Belgien:	5,57/58
100 Ml. Holland:	106,50/107,50
100 skr. Schweden:	60,50/70,50
100 Kr. Dänemark:	48,00/50,00
100 Lira Italien:	47,00/48,00
100 Escudos Portugal:	14,00/14,50
100 skr. Tschechoslowakei:	0,90/1,20
100 Pesos Argentinien:	28,00/30,00
100 Lira. 4. Türkei:	1,00/1,10
100 Schilling Österreich:	14,80/15,10
100 DM Deutschland:	71,00/72,00

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

30 Industriewerte:	200,50	200,00
30 Eisenbahnwerte:	30,50	30,25
40 Industriekapital:	90,45	90,15
15 Verzugsanleihe:	60,75	60,50
Moody's Index:	414,5	405,1

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

1 \$ USA:	4,22/24
1 £ England:	10,60/11
100 Fr. Frankreich:	7,15/18
100 sfr. Belgien:	5,57/58
100 Ml. Holland:	106,50/107,50
100 skr. Schweden:	60,50/70,50
100 Kr. Dänemark:	48,00/50,00
100 Lira Italien:	47,00/48,00
100 Escudos Portugal:	14,00/14,50
100 skr. Tschechoslowakei:	0,90/1,20
100 Pesos Argentinien:	28,00/30,00
100 Lira. 4. Türkei:	1,00/1,10
100 Schilling Österreich:	14,80/15,10
100 DM Deutschland:	71,00/72,00

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

30 Industriewerte:	200,50	200,00
30 Eisenbahnwerte:	30,50	30,25
40 Industriekapital:	90,45	90,15
15 Verzugsanleihe:	60,75	60,50
Moody's Index:	414,5	405,1

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

1 \$ USA:	4,22/24
1 £ England:	10,60/11
100 Fr. Frankreich:	7,15/18
100 sfr. Belgien:	5,57/58
100 Ml. Holland:	106,50/107,50
100 skr. Schweden:	60,50/70,50
100 Kr. Dänemark:	48,00/50,00
100 Lira Italien:	47,00/48,00
100 Escudos Portugal:	14,00/14,50
100 skr. Tschechoslowakei:	0,90/1,20
100 Pesos Argentinien:	28,00/30,00
100 Lira. 4. Türkei:	1,00/1,10
100 Schilling Österreich:	14,80/15,10
100 DM Deutschland:	71,00/72,00

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

30 Industriewerte:	200,50	200,00
30 Eisenbahnwerte:	30,50	30,25
40 Industriekapital:	90,45	90,15
15 Verzugsanleihe:	60,75	60,50
Moody's Index:	414,5	405,1

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

1 \$ USA:	4,22/24
1 £ England:	10,60/11
100 Fr. Frankreich:	7,15/18
100 sfr. Belgien:	5,57/58
100 Ml. Holland:	106,50/107,50
100 skr. Schweden:	60,50/70,50
100 Kr. Dänemark:	48,00/50,00
100 Lira Italien:	47,00/48,00
100 Escudos Portugal:	14,00/14,50
100 skr. Tschechoslowakei:	0,90/1,20
100 Pesos Argentinien:	28,00/30,00
100 Lira. 4. Türkei:	1,00/1,10
100 Schilling Österreich:	14,80/15,10
100 DM Deutschland:	71,00/72,00

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

30 Industriewerte:	200,50	200,00
30 Eisenbahnwerte:	30,50	30,25
40 Industriekapital:	90,45	90,15
15 Verzugsanleihe:	60,75	60,50
Moody's Index:	414,5	405,1

## Notenkurse im Zürich am 10. Juli

1 \$ USA:	4,22/24
1 £ England:	10,60/11
100 Fr. Frankreich:	7,15/18
100 sfr. Belgien:	5,57/58
100 Ml. Holland:	106,50/107,50
100 skr. Schw	



Die aktuelle Reportage:

# RWE im Ausbau

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, Essen, hat eine Reihe großer Kraftwerkprojekte in Bau und Entwurf, die dem empfindlichen Strommangel abhelfen sollen. Dabei ist das RWE seinem Grundgesetz treu geblieben, seine Kraftwerke direkt auf die Kohle zu bauen.

Die jährliche nutzbare Stromabgabe des RWE erreichte ihren Höhepunkt im Geschäftsjahr 1945/46 mit 7,8 Mrd. kWh. Selbstverständlich fiel die Stromabgabe im nächsten Jahr stark, nämlich auf unter 4 Mrd. kWh, aber bereits im Geschäftsjahr 1948/49 war die nutzbare Stromabgabe wieder auf 7,3 Mrd. kWh gestiegen, davon im eigenen Verbrauchsgelände rund 3,9 Mrd. kWh.

Diese gewaltige Entwicklung des Großraum-Verbundbetriebs des RWE



Erste Kolbendampfmaschine des RWE, 1796 Pfl. aus dem Jahre 1863 in der Zentrale Viehoferstraße Essen

begann in Essen in dem Kraftwerk Viehoferstraße, der ersten 1900 vom RWE errichteten Zentrale. Es wurde unmittelbar beim Felderbusch der Zeche Gewerkschaft Victoria Mathias errichtet, um unmittelbare Kohletransporte zu erlauben. Das Kraftwerk Viehoferstraße ist ein Stück Geschichte des RWE selbst. In seinen Gekübeln war bis 1912 die Hauptverwaltung des RWE. Außerdem verkörpert das Kraftwerk Viehoferstraße in sich ein Stück der maschinellen- und elektrotechnischen Entwicklungsgeschichte seit der Jahrhundertwende überhaupt. Das heute fertige Bild zeigt die erste Kolbendampfmaschine mit 1796 Pfl., die im Jahr 1863 errichtet wurde. Heute beträgt die Gesamtleistung des Kraftwerks ca. 100 000 kW. Die neuen Turbinen sind BBC-Hochdruckturbinen und die von ihnen angetriebenen Generatoren leisten je 40 000 kVA bei ca. 11 000 Volt Maschinenspannung.

Im April 1914 kam in der Nähe von Köln, auf der Rheinischen Braunkohle, das Goldenberg-Werk mit 36 000 kW in Betrieb. Es hielt damals „Vorgehenszentrale“ und wurde später zum größten Kraftwerk Deutschlands ausgebaut zum Andenken an seinen früh verstorbenen Erbauer, Direktor Goldenberg, Vorstandsmitglied des RWE, erhielt es seinen neuen Namen. Bereits 1919 war das Werk mit einer Leistung von 100 000 kW sogar das größte Kraftwerk Europas. Nachdem durch die Entwicklung der Hochspannungstechnik, die vom RWE zum erstenmal auf eine Spannung von 220 kV vorangetrieben wurde, wobei man schon an den Übergang auf eine Spannung von 400 kV dachte, die Möglichkeit, die Großkraftwerke auf der Braunkohle mit den süddeutschen und alpinen Wasserkraftländern zusammenzukoppeln, in den Bereich praktischer Ausführung gekommen war, wurde das Goldenbergwerk in schneller Folge auf eine Leistung von 500 000 kW erweitert, bei einer zunächst maximalen Erzeugungsmöglichkeit von 430 000 kW auf Grund der vorhandenen Kessel- und Rückkühlanlagen.

Eine Leistung wurde bis Ende Oktober 1944 in voller Höhe durchgehalten, dann aber durch schwere Luftangriffe zum Erliegen gebracht. Gleichzeitig mit dem Wiederaufbau nach Kriegsende wurde eine grundlegende Erweiterung in Aussicht genommen. Die Kesselanlage war erneuerungsbedürftig. So entschloß man sich 1949 zum Bau einer Vorschaltanlage. Gleichzeitig wurden 3 alte Turbinen von je 15 000 kW durch 3 neue von je 30 000 kW ersetzt. Die Dampfabgabe der ersten neuen Kessel der Vorschaltanlage wird 1951 erfolgen. 20 neue Kessel erzeugen maximal je 175 Tonnen Dampf in der Stunde von 125 Atmosphären bei einer Temperatur von 360 Grad Celsius. Dieser Dampf arbeitet zunächst in 30 Vorschaltturbinen und 3 Vorwärmturbinen und wird hierbei bis auf 30 Atmosphären entspannt, wobei eine elektrische Leistung von 370 000 kW gewonnen wird. Der so entspannte Dampf durchströmt dann die alten Turbinenanlagen. Dadurch werden weitere 200 000 kW erzeugt, die die Gesamtleistung auf 570 000 kW bringen. Die Vorschaltanlage bringt eine Verringerung des Kohlenverbrauchs von 37% je erzeugte kWh.

Im Jahre 1938 begann das RWE mit der Planung eines Steinkohlehochdruck-Kraftwerks, dessen Errichtung in K a r n a p 1938 in Angriff genommen wurde. Zur Verfeinerung gelangt Steinkohle, die als Staub in den Feurräum eingeblasen wird. Die beiden ersten

Kessel und die erste Turbine wurde Ende 1938 in Betrieb genommen. Die Leistung wurde im Kräfte auf 130 000 kW gebracht, das 30 000 kW Reservemassine. Im Februar 1944 wurde ein Maximum von 110 Mill. kWh erreicht. Bereits im Juli 1945 konnte die erste Maschine wieder angefahren werden, aber die Kohleliegeplätze gestatteten nicht die volle Maschinenleistung auszunutzen. Im Jahre 1948 konnte die bereits im Krieg geplante Aufstellung von 2 weiteren Kesseln in Angriff genommen werden, um den vorhandenen fünf Turbinen von je 30 000 kW die erforderliche Dampfmenge zur Verfügung stellen zu können. So wurden 2 weitere Kessel von je 150 t/h max. Dampferzeugung errichtet und im Frühjahr 1949 in Betrieb genommen. Vorläufig überschritt die monatliche Stromerzeugung von Karnap 100 Mill. kWh.

Das Kraftwerk Frimmersdorf südlich von Grevenbroich wurde in den Jahren 1924/26 unmittelbar neben der Grube der Niederrheinischen Braunkohlenwerke AG errichtet und kam 1933 aus dem Besitz von Dessauer Gas in die Hand des RWE, das dieses isolierte Kraftwerk zur besseren Ausnutzung in seine Verbundwirtschaft einbezog. März 1945 wurde der Kessel schwer beschädigt, so daß er erst im Winter 1946/47 wieder in Betrieb genommen werden konnte. Der zweite Kessel in Kürze. Die Gesamtleistung wird damit auf 80 000 kW gebracht bei einer Kohleersparnis von 11% je erzeugte kWh. Die Kühlwassermengen wurden höher als die am Kraftwerk vorbeifließende, entnommen. Für die vergrößerte Kraftwerkleistung reicht die zur Verfügung stehende Wassermenge nicht aus, so daß ein Kühlturn gebaut werden mußte, der stündlich 13 500 cbm Wasser von 11 auf 27 C kühlt.

An weiteren Braunkohlekraftwerken sind nun für die nächste Zeit die Hochdruckkondensationswerke Frimmersdorf mit 300 000 kW und Weisweiler (zwischen Düren und Aachen) mit ebenfalls 300 000 kW geplant, so daß zusammen mit der Vorschaltanlage Goldenberg-Werk rund 1 000 000 kW Braunkohle-Kraftwerkleistung neu entstehen. Wesentlich ist dabei, daß die betriebsabhängigen Erzeugungsgesamten der Braunkohlekraftwerke um etwa 1 Pfg. kWh niedriger liegen, als die der Steinkohlewerke.

Die Planung mußte dabei darauf abgestellt werden, daß die benötigten Brennstoffmengen rechtzeitig verfügbar sind. Für das Goldenberg-Werk steigt der Kohlenverbrauch der Gesamtanlage nach Inbetriebnahme der Vorschaltanlage infolge der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit nur unwesentlich. Für die Kraftwerke Frimmersdorf und Weisweiler stehen ebenfalls große Vorkommen geringwertiger Braunkohle zur Verfügung, mit deren Aufschluß inzwischen begonnen wurde.

Der bestehende Großraum-Verbundbetrieb des RWE gestattet es, in den neuen Kraftwerken die größten & zu erheblichen Maschinen- und Kesselanlagen zu verwenden. Das RWE hat daher nach den bereits vorliegenden Erfahrungen zusammen mit den führenden Kessel- und Turbinenfabriken ein Blockkraftwerk für 100 000 kW entworfen, das nur aus einem Kessel, einer Turbine und einem Kühlturm besteht und sowohl als Steinkohle- als Braunkohlewerk errichtet werden kann.

Die ersten 100 000-kW-Kraftwerke in Blockbauweise sollen auf der Rheinischen Braunkohle im Raum Frimmersdorf und Weisweiler gebaut werden. Die Kohle dieser Gebiete wird im Tagebau gewonnen. Sie liegt unter einer 20 bis 150 Meter mächtigen Decke.

Wichtig ist bei diesen Plänen ferner, daß zur Aufnahme und Ferteilung der in den neuen Kraftwerken erzeugten Energie im bestehenden Verbundnetz nur etwa 10% Erweiterungen notwendig sind, obgleich unzureichende Leistung sich um rund 50% erhöht.

Das heutige RWE-Verbundnetz umfaßt Höchstspannungsebenen von insgesamt rund 3500 km Länge für 220 kV und rund 4000 km für 110 kV sowie 12 Stationen für 220 kV und über 100 Stationen für 110 kV, die elektrische Energie aufnehmen bzw. abgeben. Dieses Höchstspannungsnetz besitzt sowohl starke Verbindungen mit den benachbarten deutschen Versorgungsunternehmen, als auch mit dem Ausland (Österreich, Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland).

wird die Stromabgabe mehr als 8 Milliarden kWh betragen.

**Austausch mit dem Ausland**  
Der schwedische Anteil von 27% an der Stromerzeugung des auf der deutschen Rheinseite gelegenen Kraftwerks Albrück-Dogern fließt uns zwar seit dem 1. April 1950 wieder zu — so daß das RWE zur Zeit die volle in Albrück-Dogern erzeugte Energiemenge erhält —, die Ausfuhrbewilligung der schwedischen Bundesregierung für den unterbrochenen Zeitraum von 3 Jahren und 9 Monaten fehlt jedoch noch. Die Stromlieferung aus dem Kraftwerk Klingnau (Schweiz), auf die das RWE ebenfalls vertraglichen Anspruch hat, ist dagegen von der Schweiz noch nicht wieder freigegeben worden. Im Gegensatz dazu ist die Lieferung des uns auf Konzeptionsdauer von 30 Jahren zuteilenden Anteils an der Stromerzeugung der Voralberger Ilwerke (Österreich) nicht unterbrochen gewesen; andererseits werden aber die Eigentumsrechte dort streitig gemacht, ebenso wie auch die Einhaltung der ursprünglichen Preisvereinbarungen noch nicht erreicht werden konnte. Hier kann nur die volle Anwendung des bewährten alten Landesvertrages zu einer befriedigenden Regelung führen, die gleichzeitig auch dem Ausbau der Voralberger Wasserkraft förderlich sein würde.

Die Nationalierungen und Einschränkungen bei der Verbraucherschaft konnten praktisch aufgehoben werden, weil der Engpaß in der Stromlieferung überwunden sein dürfte. Die Steigerung des Stromabgabes und des Verbrauchs der erforderlichen Ressourcen liegen aber die Pflicht auf, weitere Kraftwerkleistungen zu erzielen. Der Anfang dazu ist durch die erwähnte Einrichtung der Vorschaltanlage des Goldenberg-Werks gemacht. Drei Blöcke mit einer Gesamtleistung von rd. 200 MW sind fest in Auftrag gegeben und befinden sich im ständigen Baufortschritt; die Vergabe des vierten Blocks wird voraussichtlich im Laufe des Jahres und die des fünften Blocks entsprechend der Zuteilung der benötigten Geldmittel erfolgen. Mit der befristeten Fertigstellung des ersten Teiles der Vorschaltanlage rechnen wir bis Anfang 1952. Außerdem ist die Inbetriebnahme zusätzlicher Leistung in Frimmersdorf, Goldenberg-Werk und Karnap voraussichtlich noch für den Winter 1950 zu erwarten. Von dem Landeselektrizitäts-Verband Oldenburg wurde Anfang dieses Jahres das Turbinenkraftwerk Rellie erworben. Die augenblickliche Leistung von 6 MW ist im Ausbau auf 10 MW begriffen, mit deren Fertigstellung ebenfalls im Laufe des Jahres 1950 zu rechnen ist. Die Inangriffnahme der beiden seit langem geplanten Hochdruck-Kraftwerke von je 300 MW in Frimmersdorf und Weisweiler konnte infolge der lebhaften Geldmittel nicht erfolgen. Jedoch hat der OECD-Ausschuß in Paris das Hochdruck-Kraftwerk Frimmersdorf bereits als Förderungswürdige Anlage anerkannt und in seine Plannungen einbezogen.

Der Ausbau der III. Stufe Schluchsee-Werk mit dem Kraftwerk Waldeshöhl geht planmäßig vor sich. Mit der Inbetriebnahme des ersten Generators

der Wärmekraftwerke der Beteiligungs-gesellschaften, sowie des Fernleitungsnetzes am Zechenkraftwerk und anderen, war es dem RWE möglich, im Winter 1949 eine Höchstleistung von 1 045 000 kW zu erzielen. Die nutzbare Stromabgabe für die Zeit bis zum 30. Juni 1948 betrug 5 961 333 kWh und erreichte damit fast die Abgabe von 1938/39. Die Steigerung gegenüber

dem Vorjahr beträgt 8,4 %. Die Absatzleistung für die Zeit vom 21. Juni 1948 bis 30. Juni 1949 liegen über 7 300 000 kWh. Die höchste Monatsabgabe des Geschäftsjahres 1948/49 hatten wir Dezember 1948 mit rd. 987 000 kWh. In den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1949/50 wurde diese Abgabe noch übertraffen, wobei im Oktober 1949 mit rd. 793 000 kWh die höchste Monatsabgabe überhaupt erzielt wurde. Für dieses Geschäftsjahr

ist voraussichtlich im Frühjahr 1951 zu rechnen. Damit ist also die Verbindung zwischen Schluchsee und Rhein hergestellt.



Kraftwerk Essen Viehoferstraße; Maschinenhaus 1950

ist voraussichtlich im Frühjahr 1951 zu rechnen. Damit ist also die Verbindung zwischen Schluchsee und Rhein hergestellt.

**Ausbau des Netzes**  
Die Wiederherstellung unseres Höchstspannungsnetzes wurde im Berichtsjahr ebenfalls weiter gefördert. Die Reparatur und der Anstrich der Leitungsmaste sowie die Auswechslung der im Kriege beschädigten Leiterteile und defekten Isolatoren waren allerdings bis zur

Währungsreform durch den allgemeinen Materialmangel erheblich behindert. Trotzdem ist es aber gelungen, bis Mitte 1948 das gesamte Höchstspannungsnetz wieder voll in Betrieb zu setzen. Zu diesem Zeitpunkt noch vorhandene Provisionen im Leitungsnetz sowie in den Umspannwerken sind seitler nahezu restlos beseitigt. Außerdem wurde auch dem in den letzten 10 Jahren angestauten Nachholbedarf in der Erneuerung und notwendigen Instandhaltung der Netz-Apparate, insbesondere der Großtransformatorstationen, durch Aufträge an die Elektro-Industrie Rechnung getragen.

Von den Neubauten im Hochvolt-Netz muß die Inbetriebnahme der 220-kV-Leitung Karnap-Weisel erwähnt werden. Außerdem ist im Winter 1949/50 in Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk die wichtige 320-kV-Fernverbindung Keiterschlag—Aschaffenburg—Erding (Bayern) vollendet worden, so daß jetzt ein intensiver Stromtausch mit dem Bayernwerk möglich ist. Die weitere Steigerung unserer eigenen Kraftwerkleistungen auf der Braunkohle und Steinkohle sowie der Stromaufnahme aus Werken der Beteiligungsbedingen jedoch weitere Verstärkungen des Leitungsnetzes. Mit dem Auflegen eines 4. Drehstrom-Systems unserer 220-kV-Nord-Süd-Verbindung wurde deshalb bereits begonnen.

Durch Verlingerung bzw. Erneuerung bestehender und Abschluß neuer Verträge mit Städten, Gemeinden, benachbarten Gebietsverwaltungsunternehmen und Sonderabnehmern konnten vorliegende Absatzgebiete gesichert und neue Gebiete erschlossen werden. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Erneuerung der Verträge mit der Energieversorgung Schwaben AG und der Badenwerk AG, sowie die Bereinigung des langjährigen Streites mit der Stadt Gelsenkirchen durch Abschluß eines Vertrages, der nunmehr bis zum Jahre 1954 läuft; ferner die Zustandekommen neuer grundsätzlicher Vereinbarungen mit Bayern und neue Abschlüsse mit der Schweiz, mit Belgien und mit Holland.

**Strompreise**  
Die Strompreise unterliegen noch immer dem Preisstau. Die am 21. Juli 1948 in Kraft getretene Anordnung 23-88 der damaligen Verwaltung für Wirtschaft erließ es uns nur, die erste bereits am 1. April 1948 wirksam gewordene Steinkohlenpreiserhöhung von 18 DM je t und der Anstieg der Leistungspreise sowie die Auswechslung der im Kriege beschädigten Leiterteile und defekten Isolatoren waren allerdings bis zur

Währungsreform durch den allgemeinen Materialmangel erheblich behindert. Trotzdem ist es aber gelungen, bis Mitte 1948 das gesamte Höchstspannungsnetz wieder voll in Betrieb zu setzen. Zu diesem Zeitpunkt noch vorhandene Provisionen im Leitungsnetz sowie in den Umspannwerken sind seitler nahezu restlos beseitigt. Außerdem wurde auch dem in den letzten 10 Jahren angestauten Nachholbedarf in der Erneuerung und notwendigen Instandhaltung der Netz-Apparate, insbesondere der Großtransformatorstationen, durch Aufträge an die Elektro-Industrie Rechnung getragen.

Von den Neubauten im Hochvolt-Netz muß die Inbetriebnahme der 220-kV-Leitung Karnap-Weisel erwähnt werden. Außerdem ist im Winter 1949/50 in Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk die wichtige 320-kV-Fernverbindung Keiterschlag—Aschaffenburg—Erding (Bayern) vollendet worden, so daß jetzt ein intensiver Stromtausch mit dem Bayernwerk möglich ist. Die weitere Steigerung unserer eigenen Kraftwerkleistungen auf der Braunkohle und Steinkohle sowie der Stromaufnahme aus Werken der Beteiligungsbedingen jedoch weitere Verstärkungen des Leitungsnetzes. Mit dem Auflegen eines 4. Drehstrom-Systems unserer 220-kV-Nord-Süd-Verbindung wurde deshalb bereits begonnen.

Durch Verlingerung bzw. Erneuerung bestehender und Abschluß neuer Verträge mit Städten, Gemeinden, benachbarten Gebietsverwaltungsunternehmen und Sonderabnehmern konnten vorliegende Absatzgebiete gesichert und neue Gebiete erschlossen werden. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Erneuerung der Verträge mit der Energieversorgung Schwaben AG und der Badenwerk AG, sowie die Bereinigung des langjährigen Streites mit der Stadt Gelsenkirchen durch Abschluß eines Vertrages, der nunmehr bis zum Jahre 1954 läuft; ferner die Zustandekommen neuer grundsätzlicher Vereinbarungen mit Bayern und neue Abschlüsse mit der Schweiz, mit Belgien und mit Holland.



Kraftwerk Essen Viehoferstraße; Maschinenhaus 1950

ist voraussichtlich im Frühjahr 1951 zu rechnen. Damit ist also die Verbindung zwischen Schluchsee und Rhein hergestellt.

**Ausbau des Netzes**  
Die Wiederherstellung unseres Höchstspannungsnetzes wurde im Berichtsjahr ebenfalls weiter gefördert. Die Reparatur und der Anstrich der Leitungsmaste sowie die Auswechslung der im Kriege beschädigten Leiterteile und defekten Isolatoren waren allerdings bis zur



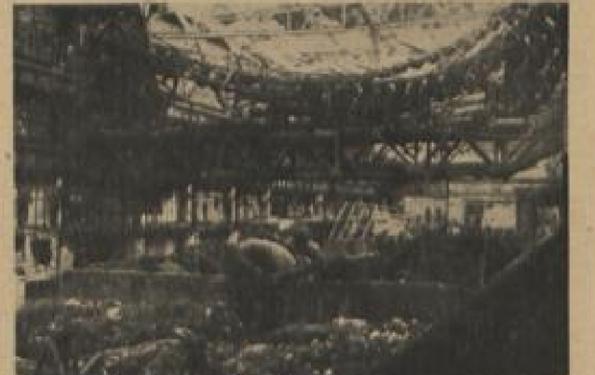
1. August 1948 abgefragte Braunkohlepreiserhöhung von 60% sind die Sätze der vorher erwähnten Anordnung für unser Unternehmen nicht erhöht worden. Es wurde uns lediglich die Berücksichtigung dieser Mehrerhebungen im Rahmen der durch die Anordnung festgelegten Höchstsätze gestattet. Wir haben daher alle nicht durch die Anordnung erlassenen Preissteigerungen seit der Währungsreform auf der Ausgabenseite zu tragen, während auf der Einnahmenseite die Preise gehalten werden müssen. Um dieses Mißverhältnis abzumildern, bedarf es der Lockerung des Preisstaus, wobei die Preisstöße bei dem wesentlichen nicht zwangsauslösenden Teil des Absatzes der Sonderabnehmer ihre natürliche Grenze in den Selbstkosten konkurrierender Eigenanlagen von selbst findet. Am 4. 10. 1949 sind durch die Braunkohle-Mitglieder der Beteiligungen an der Rheinischen Braunkohle Albrück-Dogern AG, Weisweiler und Schluchsee AG, Freiburg unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Zu der sonst üblichen Einsetzung eines Zwangsverwalters ist es jedoch nicht gekommen.

**Der Kapitalbedarf**  
Während alle Wiederaufbauarbeiten sowohl der Kraftwerke als auch der Leitungsnetze bisher ausschließlich aus eigener finanzieller Kraft durchgeführt werden mußten, sind für die Kraftwerkserweiterungen und die Vorschaltanlage des Goldenberg-Werks aus den ECA-Mitteln Kredite vorgesehen. Insgesamt sind uns in Form einer schriftlichen Bestätigung von der Kreditanstalt für den Wiederaufbau in Frankfurt a. M. 287 250 000 DM fest zugesagt worden, die im jährlichen Rhythmus (bis 1954) zur Verfügung gestellt werden. Die erste Jahresrate für 1948 in Höhe von 60 000 000 DM ist von uns restlos in Anspruch genommen und auch als Anlage öffentlich aufgelegt worden. Der Ausgabekurs der Anleihe betrug 98% und der Zinssatz 6 1/2%. Die Laufzeit ist auf 20 Jahre vorgesehen, wovon die ersten fünf Jahre tilgungsfrei bleiben.

Die Anleihe ist insoweit begünstigt, als sie aus Festgeldkonten gezeichnet werden kann; außerdem ist sie vom Versicherungsaufsichtamt für deckungsstoffsicher erklärt worden. Der große Mangel an flüssigen Mitteln hat aber trotz der günstigen Anleihebedingungen bisher nur zur Zeichnung eines Teilbetrages geführt. Der Restbetrag wird uns vorläufig auf die Dauer von 10 Jahren als Buchkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährt. Ferner sind uns von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus ECA-Mitteln 12 700 000 DM in Aussicht gestellt und a. T. bereits gewährt, um damit das Modellkraftwerk Gänsefüßchen mit einer Leistung von 14 000 kW fertigzustellen, das voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres betriebsbereit sein wird.

Mit diesen Kreditbürgen werden die Kraftwerkserweiterungen und die Errichtung des größten Teiles der Vorschaltanlage des Goldenberg-Werks finanziert werden können; es sind jedoch hierfür auch noch Eigenmittel aufzuwenden, da die Gesamtkosten bei nur vielen Fertigstellungen erheblich höher sein werden.

Die notwendigen Erweiterungen unserer Hochvolt-, Mittel- und Niederspannungsnetzes, die auf den gleichen Zeitraum von fünf Jahren berechnet, nicht weniger an Mitteln erfordern als die Kraftwerkserweiterungen und die Vorschaltanlage, können zunächst nur teilweise im Wege der Eigenfinanzierung durchgeführt werden, bis unsere dem Bundeswirtschaftsministerium seit langem vorliegenden Kreditbürgen entsprochen wird. Allerdings ist bis heute eine ausreichende Behandlung noch nicht erkennbar.



Nach einem Bombenangriff...



... und nach dem Wiederaufbau